



Presseschau vom 19.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

*Dagmar Henn: **Gefangene britische Kämpfer und Selenskijs Poker mit Medwedtschuk***
Sind sie Söldner oder Soldaten? Das ist einer der strittigen Punkte um die beiden britischen Staatsbürger, die in Videos aus der Gefangenschaft bitten, gegen den ukrainischen Politiker Medwedtschuk ausgetauscht zu werden. Boris Johnson soll sich dafür einsetzen. Ein Blick hinter die Kulissen. ...

<https://kurz.rt.com/2xab> bzw. [hier](#)

*Pierre Lévy: **Macron oder Le Pen? Präsidenten-Wahl in Frankreich als Weichenstellung für Europa***

In weniger als einer Woche findet in Frankreich der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahl statt. Es stehen sich wie 2017 der amtierende Präsident Emmanuel Macron und Herausforderin Marine Le Pen gegenüber. Wie nie zuvor wird dieses Mal die Zukunft oder den Zerfall der Europäischen Union bei den französischen Wahlen entschieden.

...

<https://kurz.rt.com/2xa3> bzw. [hier](#)

*Tina Kandelaki: **Im Visier der NATO – Die Beitrittspläne von Schweden und Finnland***

Schweden und Finnland diskutieren derzeit einen Beitritt zur NATO. Ein solcher Schritt wäre unvernünftig und würde den eigentlichen Interessen dieser Länder widersprechen ...

<https://kurz.rt.com/2x9c> bzw. [hier](#)

*Timur Fomenko: **Es scheint, dass der Westen keinen Frieden in der Ukraine will***

Anstatt einen Waffenstillstand anzustreben, tun die USA und ihre Verbündeten alles, um den Ukraine-Konflikt in einen Stellvertreterkrieg gegen Russland zu verwandeln. ...

<https://kurz.rt.com/2xc2> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Bei der Befreiung der Gebiete der DVR durch Einheiten der Volksmiliz wurden in Zusammenarbeit mit dem MfS auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte an verschiedenen Abschnitten der Abgrenzungslinie technische Mittel gefunden, die einen Komplex zur Steuerung von Videokameras darstellen, die von der OSZE an der Kontaktlinie zwischen den ukrainischen Streitkräften und den Streitkräften der DVR installiert worden waren.

Insbesondere wurden Notebooks mit Programme des ukrainischen Unternehmens „Ukrspek“ entdeckt.

Die Notebooks wurden von den Kommandeuren der Einheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine, die die OSZE-Kameras steuerten, zur Leitung des Artilleriefeuers und des Drohnenfeuers auf Positionen der Volksmiliz der DVR genutzt.

Bei der Untersuchung wurde auch entdeckt, dass die Videoaufzeichnungsgeräte zur Kontrolle der Bewegung von Personal und Militärtechnik der Streitkräfte der DVR genutzt wurden. So waren die OSZE-Kameras in das Feuerleitungssystem der ukrainischen Armee und der Kämpfer der nationalistischen Bataillone integriert.

22:12 de.rt.com: **Großbritannien schickt Waffen nach Kosovo – Serbien fühlt sich in**

seiner Sicherheit bedroht

Die Lieferung von Waffen durch das Vereinigte Königreich an das nicht anerkannte Kosovo ist ein unfreundlicher Schritt gegenüber Belgrad. Dies erklärte der serbische Innenminister Aleksandar Vulin. Ihm zufolge kann man nicht "Terroristen bewaffnen und auf Frieden hoffen".

Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin hat in einem Interview mit RTV Pink die Lieferung von Waffen an das Kosovo durch die britischen Behörden als unfreundlichen Schritt gegenüber Belgrad bezeichnet. Er erklärte:

"Ich halte die Lieferung von Waffen an die Kosovo-Albaner durch das Vereinigte Königreich für einen unfreundlichen Schritt, denn man kann nicht Terroristen bewaffnen und auf Frieden hoffen. Ich bin sehr besorgt."

Vulin betonte, dass das Kosovo keine Armee habe, diese aber mit westlicher Unterstützung aufgebaut und bewaffnet werde. Er sagte:

"Gemäß der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats ist die einzige bewaffnete Kraft im Kosovo und Metochien ein Kontingent unter dem KFOR-Schirm der NATO, andere gibt es nicht, und man stellt eine Armee auf, bewaffnet sie, gibt ihr gepanzerte Fahrzeuge, Panzerabwehrsysteme, Drohnen und bietet ihr Training an."

Seiner Ansicht nach besteht der einzige Zweck der Annäherung des Kosovo und der Integration in die NATO darin, "Serbien zu provozieren".

Zuvor hatten lokale Medien berichtet, London habe Pristina 50

Panzerabwehrkraketenkomplexe der Typ Javelin und Panzerabwehrkraketen der Typ NLAW übergeben. Darüber hinaus ist geplant, Kosovo-Kämpfer in der Bedienung dieser Systeme zu schulen. Es hieß, die Lieferung dieser Waffen sei die Umsetzung einer Ende Februar zwischen dem britischen Premierminister Boris Johnson und dem kosovarischen Premierminister Albin Kurti getroffenen Vereinbarung.

Streben nach der Allianz

Unter den NATO-Mitgliedstaaten sind neben dem Vereinigten Königreich auch die Vereinigten Staaten in der Verteidigungszusammenarbeit mit dem Kosovo aktiv. Die beiden Seiten führen häufig gemeinsame Militärübungen durch. Am 31. März meldete das Pentagon, dass US-Truppen von Special Operations Group und Sicherheitskräfte des Kosovo "an Ausbildungsmaßnahmen in Pristina teilnehmen".

Später, am 11. April, meldete das US Special Operations Command in Europe auf seiner Twitter-Seite, dass seine Spezialeinheiten während bilateraler Trainingsübungen mit den Kosovo-Sicherheitskräften in Pristina Ziele angegriffen hätten. Das US-Kommando betonte: "Die Beziehungen zu unseren Verbündeten und Partnern auf dem Balkan haben für die Special Operations Forces in Europa höchste Priorität."

Vor dem Hintergrund der eskalierenden Konfrontation zwischen Belgrad und Pristina im vergangenen Herbst beschloss das US-Verteidigungsministerium, sich am Kapazitätsaufbau der Kosovo-Sicherheitskräfte zu beteiligen.

Russland sprach sich daraufhin gegen die vom Westen unterstützten Bestrebungen zur Bildung einer "Kosovo-Armee" aus und bezeichnete solche Maßnahmen als ernsthaftes Problem. Wie der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates sagte, müssen solche Ideen "entschieden vereitelt werden", denn die Nachsicht westlicher Länder mit den Aktionen der kosovarischen Seite könnte zu einem offenen Zusammenstoß zwischen Pristina und Belgrad führen.

Aleksandar Vučić, der serbische Präsident, schloss in einem am 19. Februar veröffentlichten Interview mit der Nachrichtenagentur Tanjug nicht aus, dass die NATO das Kosovo in sechs Monaten in ihre Reihen aufnehmen könnte, um vier EU-Länder – Griechenland, die Slowakei, Rumänien und Spanien – zur Anerkennung seiner Unabhängigkeit zu zwingen.

Später, vor dem Hintergrund der russischen Sonderoperation in der Ukraine, begann Pristina, die NATO aktiv zu drängen, das Kosovo in den Block aufzunehmen. So erklärte der

kosovarische Verteidigungsminister Armend Mehaj am 27. Februar auf seiner Twitter-Seite, dass ein beschleunigter Beitritt der rebellischen Provinz zum Nordatlantischen Bündnis "dringend erforderlich" sei, um die Stabilität in der Region und darüber hinaus zu gewährleisten. Außerdem forderte er Washington auf, eine ständige Militärbasis im Kosovo einzurichten, "um den Frieden zu festigen".

Am 5. März bekräftigte Mehaj auf Twitter, dass das Kosovo der NATO beitreten wolle, um "Frieden und Stabilität zu fördern". Er bezeichnete auch die Erklärung des serbischen Innenministers, dass die Mitgliedschaft des Kosovo in der Allianz eine Bedrohung für Belgrad darstelle, als "inakzeptabel". Der Verteidigungsminister des Kosovo sagte:

"Das Kosovo ist dem Frieden verpflichtet und lehnt jede Aggression ab."

Zwei Tage später erklärte Mehaj, dass die Provinz "ein treuer Freund und Verbündeter der Vereinigten Staaten und der NATO-Länder" bleiben werde. Er schrieb:

"Demokratie und Frieden sind unsere gemeinsamen Werte."

Am 4. April erklärte Mehaj, die Republik Kosovo wolle "Teil eines stärkeren Bündnisses werden und zum Frieden beitragen".

"Unter dem Radar fliegen"

Nach Ansicht von Experten sieht der Schritt Londons, Waffen ins Kosovo zu schicken, vor dem Hintergrund der Bemühungen der USA zur Stärkung des Verteidigungssystems der rebellischen Provinz wie der Wunsch aus, die Spannungen in der Region zu erhöhen, indem der Druck auf Serbien verstärkt wird. Pawel Kandel, ein führender Forscher am Institut für Europa der Russischen Akademie der Wissenschaften, erklärte RT:

"Das Vereinigte Königreich fliegt unter dem Radar, schickt Waffen an die Kosovo-Albaner und nutzt die instabile Lage auf der Welt und die Tatsache, dass die Aufmerksamkeit der Welt jetzt auf die Ukraine-Krise gelenkt wird."

Er schloss nicht aus, dass London mit den Waffenlieferungen an Pristina auch einen bewaffneten Zwischenfall in der Region zu provozieren hofft. Kandel begründete dies folgendermaßen:

"Ausgehend von einem hypothetischen Szenario eines bewaffneten Konflikts zwischen Serbien und dem Kosovo, das der Westen anstrebt, wären die Panzerabwehrkraketen Javelin und NLAW für Pristina von Nutzen. Belgrad zum Beispiel verfügt über Panzer aus sowjetischer Produktion. Das Kosovo ist in dieser Hinsicht weniger gut ausgestattet."

Sobald die Lieferungen abgeschlossen seien, wird Großbritannien seiner Meinung nach in Absprache mit Washington und Brüssel den Druck auf Serbien erhöhen. Der Experte sagte: "Der Westen braucht dies, um die Regierung Vučić gefügiger zu machen. Die westliche Welt scheint zu glauben, dass jetzt der günstigste Zeitpunkt ist, um die Kontrolle über Belgrad zu erlangen."

Gleichzeitig räumt Kandel ein, dass zahlreiche Anträge der Führung des Kosovo auf Aufnahme der rebellischen Provinz in die NATO von den Briten unterstützt werden könnten. Der Analytiker argumentierte:

"Das Bündnis selbst braucht sie überhaupt nicht, zumal eine Reihe von NATO-Mitgliedern die Unabhängigkeit des Kosovo noch immer nicht anerkennt. Unter diesen Bedingungen ist es praktisch unmöglich, sie in den Block aufzunehmen. Mit den Äußerungen des kosovarischen Verteidigungsministers soll die Aufmerksamkeit auf die nicht anerkannte Republik gelenkt werden, um von den westlichen Schirmherren zumindest einige Vorteile zu erhalten, z. B. eine Visafreiheit."

Auch MGIMO-Professorin Jelena Ponomarewa sieht in den britischen Waffenlieferungen an die Kosovo-Albaner einen Versuch, den Konflikt zu eskalieren und die Lage in der Region zu verschärfen. Im Gespräch mit RT betonte sie:

"Es handelt sich um eine Fortsetzung der Ereignisse von 1999, als die NATO-Truppen das historische Heimatland der Serben abtrennten und eine drogen-terroristische Einheit schufen. Das Kosovo muss als ein Projekt betrachtet werden, an dem die großen Akteure, vor allem die

Länder der nordatlantischen Allianz, die sich dem internationalen Terrorismus und der Kriminalität verschrieben haben, ein Interesse haben. London provoziert Serbien mit Waffenlieferungen zu Vergeltungsmaßnahmen."

Sie ist außerdem der Ansicht, dass britische Waffenlieferungen ans Kosovo darauf hindeuten, dass London versucht, in der serbischen Region "gegen Moskau zu spielen". Ponomarewa erklärte:

"Die Briten kämpfen gegen die Russische Föderation, auch auf dem Balkan. Indem sie die Albaner bewaffnen, zeigen sie den Serben, dass sie bereit sind, die unangenehmsten Dinge zu tun. Der enorme Druck, der auf Präsident Aleksandar Vučić wegen der Unterstützung Serbiens für Russland ausgeübt wird, ist offensichtlich."

Ihr zufolge träumen die kosovarischen Behörden davon, die Provinz in die NATO aufzunehmen, aber all diese Forderungen werden wahrscheinlich nicht erfüllt werden. Die Expertin sagte:

"Es hat noch nie einen Präzedenzfall gegeben, bei dem ein Staat, der von fast allen NATO-Staaten nicht anerkannt wurde, Teil der NATO wurde. Außerdem haben die kosovarischen Behörden einfach nicht das Geld, um zwei Prozent des BIP für den Block bereitzustellen. Das Bündnis wird sich solche Problemgebiete nie umhängen, aber es wird das Thema der vermeintlich möglichen Akzeptanz weiter ausbauen, um auf diese Weise Druck auf Serbien auszuüben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625da48ab480cc403377c5f2.jpg>

Denis-pushilin.ru: Am 18. April kommentierte das Oberhaupt der DVR Denis Pushilin in der politischen Talkshow „Wremja Pokaschet“ im russischen 1. Kanal eine weitere Erklärung der ukrainischen Seite mit der Forderung einen humanitären Korridor vom Gebiet von „Asowstahl“ zu öffnen.

„Ich meine, dass dem besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, solchen Aktionen und Schritten von Seiten des Kiewer Regimes. Sie wollen tatsächlich nicht, dass bestimmte Personen auf unser Gebiet geraten. Das würde ein recht ernster Schlag nicht nur für das ukrainische Regime, sondern auch für eine Reihe westlicher Länder sein. Selbst gemäß den Aussagen derer, die die Waffen niedergelegt haben, den Menschen, die sich bei uns befinden, ich meine die aus der 36. Brigade, gibt es Erklärungen, dass etwa 400 Söldner sich in „Asowstal“ befinden. Zweifellos ist das schmerzlich [für die Ukraine und eine Reihe Länder], und wir sehen, dass sie versuchen, ein humanitäres Thema zu verbreiten. Nämlich, dass sich dort Zivilisten befinden, die angeblich Schutz gesucht haben. Sie haben dort auch schon ein Kind gezeigt. Das heißt, die Situation wird sich zuspitzen“, stellte Denis Puschilin fest. Das Staatsoberhaupt fügte hinzu, dass die Glaubwürdigkeit des Videos mit dem Kind überprüft werde und es bisher keine Bestätigung für diese Information gebe.

„Unter Berücksichtigung dessen, dass wir es mit der Ukraine zu tun haben, ist alles nur Mögliche zu erwarten, auch Inszenierungen. Dennoch wird die Information überprüft: Die Sorge um Zivilisten hat für uns zweifellos Priorität.

Aber wir wissen sehr gut, dass die Kriegsverbrecher, die sich jetzt nicht ergeben wollen, die Situation zu nutzen versuchen können“, sagte Denis Puschilin.

Ausländische Söldner kämpfen nicht nur in Richtung Mariupol auf Seiten der Ukraine, fuhr das Staatsoberhaupt fort.

„Heute wurden nach Angaben unserer Aufklärung in Nowoselowka Wtoraja aufgrund des Abhörens von Telefongesprächen, Funkkommunikation mindestens acht polnische Söldner entdeckt, einer aus Marokko und drei weitere, nicht identifizierte“, berichtete Denis Puschilin. Das Republikoberhaupt konstatierte, dass die ukrainische Seite auch weiter alle möglichen Hebel in Bewegung setzen wird, um zu verhindern, dass Informationen über ausländische Söldner, die sich in „Asowstal“ befinden, herauskommen.

22:51 de.rt.com: **Oppositionellem Journalisten und Rapper gelingt Flucht aus Kiew**

Der Kiewer Journalist und Musiker Taras "Tarik" Nesalezhko ist nach 40 Tagen Schweigen in Russland aufgetaucht und hat darüber berichtet, wie es ihm gelungen ist, die Welle des Terrors gegen "prorussische" Oppositionelle zu überleben und aus dem Land zu fliehen. Seine Freunde befänden sich nach wie vor in akuter Lebensgefahr, ergänzte der Rapper in einem weiteren Video.

Als RT DE Mitte März [zweimal](#) über das [spurlose Verschwinden](#) prominenter Oppositioneller, Intellektueller, Politiker und Journalisten in Kiew berichtet hat, haben wir Taras "Tarik" Nesalezhko nicht namentlich erwähnt. Dem deutschen Leser hätte sein Name von allen Namen derer, die in den ersten zwei Märzwochen teils vom ukrainischen Geheimdienst SBU, teils von Unbekannten verschleppt worden sind, und von denen es bis auf wenige Ausnahmen bis heute kein Lebenszeichen gibt, am wenigsten gesagt. Doch nun rückt der Journalist unerwartet in den Mittelpunkt, gelang es ihm doch als einem der wenigen prorussischen Promis, die Terrorwelle unbeschadet zu überstehen und aus der Ukraine zu fliehen. Jetzt, da er in Russland und in Sicherheit ist, tritt Nesalezhko wieder öffentlich auf und hat einiges über die Zustände in der ukrainischen Hauptstadt zu berichten.

Das ukrainische Publikum kannte Nesalezhko seit dem Jahr 2015 als Rapper, der soziale Themen aufgriff und Maidan-kritisch textete. Mit der Musik kam er zu einigem Vermögen und kaufte sich in den seit April 2003 bestehenden Fernsehsender KRT ein, der in der deutschen Wikipedia-Version als "religiöser Fernsehsender" bezeichnet wird. Unter der Leitung des Künstlers bot der Sender ein weitaus breiteres Programm und entwickelte sich zu einer der Plattformen, auf der Maidan-kritische Oppositionelle in der Ukraine noch zu Wort kamen.

KRT war dann auch der erste ukrainische Fernsehsender, der im Zuge von Selenskijs Kampagne gegen kritische Medien verboten und abgeschaltet wurde. Schon am 30. Juli 2020 wurde diese Entscheidung der ukrainischen Medienaufsicht verkündet. Begründet wurde sie mit der Übertragung der Siegesparade am 9. Mai aus Minsk, obwohl sich der Sender größte Mühe gegeben hatte, alle sowjetischen Symbole unsichtbar zu machen. Außerdem soll sich ein Gast einer Talkshow "homophob" geäußert haben, als er homosexuelle Kämpfer des rechtsradikalen Asow-Bataillons eingeladen hatte.

Ein halbes Jahr später folgte dann der große Schlag gegen oppositionelle Medien in der Ukraine, als an einem Tag unter anderem drei oppositionelle Fernsehsender verboten und abgeschaltet wurden.

Nach dem Verbot seines Senders engagierte sich Nesalezhko als Blogger und Interviewer auf YouTube. Unter anderem präsentierte er mehrmals wöchentlich Gespräche zu aktuellen Themen mit dem Politologen und Intellektuellen Dmitrij Dzhangirow. Bei den Interviews blieb Nesalezhko stets unsichtbar hinter der Kamera, man hörte nur seine Stimme.

Als Dmitrij Dzhangirow Mitte März von Unbekannten zur Aufnahme einer für ihn untypischen Videoansprache gezwungen und anschließend verschleppt wurde, verschwand auch Nesalezhko. Während Dzhangirows YouTube-Kanal und Facebook-Account seitdem für plumpe ukrainische Kriegspropaganda von Unbekannten genutzt wird, wurde der Kanal seines Interviewpartners über Wochen nicht mehr erneuert. Informationen zum Schicksal des Journalisten waren trotz aller Bemühungen nicht zu bekommen.

Am 12. April überraschte Tarik Nesalezhko seine Anhänger zur Erleichterung aller mit einem [neu hochgeladenen Video](#). Darin erzählte er, dass es ihm gelang, in der "schwierigen Phase" unterzutauchen und anschließend auf illegalem Weg die Ukraine zu verlassen. 40 Tage habe er bei guten Freunden gelebt, habe alle SIM-Karten weggeschmissen und sein Äußeres, so weit es ging, verändert. Das habe ihm dann die Fahrt aus der Stadt, während der er mehrmals an Straßensperren kontrolliert wurde, erleichtert.

Das Bild, das er von den aktuellen Verhältnissen in der Ukraine zeichnete, ist indes ein trostloses:

"Es genügt aktuell bereits, kein Anhänger von Selenskij zu sein, um verhaftet zu werden".

Das trübe, so der Journalist und Musiker, auch die Freude über die eigene Flucht und die vorausschauende Evakuierung der eigenen Familie aus dem Land:

"Es bleibt ein Gefühl der Hilflosigkeit, weil ich für meine Freunde nichts tun kann, die derzeit in Kellern des ukrainischen Gestapo festgehalten werden."

Eines der Musikvideos von Nesalezhko:

```
<iframe width="912" height="513" src="https://www.youtube.com/embed/TUoxhJbFHX0" title="YouTube video player" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>
```

<https://youtu.be/TUoxhJbFHX0>

Natürlich wurde Nesalezhko in den Kommentaren sofort mit Fragen nach dem Schicksal der bekannteren Oppositionellen überschüttet, unter anderem auch des erwähnten Dmitrij Dzhangirow. Dazu sagte er in einem der späteren Videos, dass "die, mit denen ich zusammengearbeitet habe", noch leben würden, er aber, um ihre Situation nicht zu verschlimmern, nicht sagen dürfe, wo sie sich befänden.

Auch die Anwältin Tetjana Montjan hat sich vor kurzem ähnlich geäußert: Es sei ihr verboten, Angaben zum Verbleib eines bestimmten Verschwundenen zu machen, da von ihrem Schweigen dessen Überleben abhängt. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis wir die ganze Wahrheit über die Terrorwelle, die Kiew Mitte März 2022 heimsuchte, erfahren werden.

Nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten und unabhängigen Beobachtern hat die Zahl der in der Ukraine seit Anfang März spurlos verschwundenen Prominenten bereits ein Tausend überschritten. Am Montag wurde das Verschwinden des Chilenen Gonzalo Lira bekannt, der in den vergangenen Wochen in sozialen Netzwerken aus Charkow berichtet hatte. Auch von ihm fehlt derzeit jedes Lebenszeichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d505eb480cc09de2265f7.PNG>

22:55 de.rt.com: **NYT: Ukraine setzte verbotene Streumunition ein**

Die US-Zeitung The New York Times hat den Einsatz von Streumunition durch die ukrainischen Streitkräfte bestätigt. Ihre Journalisten sollen Fragmente eines Raketengeschosses mit Streumunition in dem Dorf Gusarowka in der Region Charkow gefunden haben:

"Der Beschuss eines Bauernhofs in Gusarowka scheint der erste verifizierte Fall des Einsatzes von Streumunition durch ukrainische Streitkräfte seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar zu sein."

Nach Angaben der US-Zeitung sei die geächtete Streumunition von Uragan-Mehrfachraketenwerfern verschossen worden. Der Vorfall soll sich am 6. oder 7. März ereignet haben.

vormittags:

6:00 de.rt.com: **USA nutzen Ukraine-Erfahrung für Kriegsplanung gegen Russland und China**

Während einer Militärübung greift die US-amerikanische Armee auf Erfahrungen aus dem Ukraine-Konflikt zurück. Ziel sei es, sich auf einen Krieg gegen einen "größeren Gegner" wie Russland oder China vorzubereiten, berichtet Associated Press.

Das US-amerikanische Militär übt den Krieg unter Umständen, die stark von der russischen Kampagne in der Ukraine beeinflusst sind. Ziel sei es, "die Soldaten auf künftige Kämpfe gegen einen größeren Gegner wie Russland oder China" vorzubereiten, berichtete die Nachrichtenagentur Associated Press am Samstag.

Etwa 4.500 Soldaten der 2. Brigade der 1. US-Kavalleriedivision stehen am kalifornischen Truppenübungsplatz Fort Irwin fiktiven "devonischen" Streitkräften gegenüber, welche die imaginäre Stadt Ujen unter Kontrolle halten, Raketen einsetzen und eine "Flut an falschen Anschuldigungen" gegen die USA über soziale Medien verbreiten. Der Übungsgegner soll offensichtlich die russische Armee darstellen und spricht auch Russisch.

Teilnehmer der Übung wurden angewiesen, Telefone bereit zu halten, um schnell Posts auf sozialen Medien verfassen zu können. "Ich denke, die ganze Armee beobachtet genau die Ereignisse in der Ukraine und versucht, daraus Lehren zu ziehen", erklärte Armeesekretärin Christine Wormuth der Associated Press. "Die russisch-ukrainische Erfahrung ist eine eindrucksvolle Illustration für unsere Armee, wie wichtig die Informationssphäre sein kann", fügte sie hinzu.

Im Verlaufe des Konflikts hatten sowohl Moskau als auch Kiew sich gegenseitig beschuldigt,

Falschinformationen zu verbreiten. Indessen hatten Vertreter der US-amerikanischen Nachrichtendienste selbst zugegeben, im Rahmen eines Informationskriegs gegen Russland unüberprüfbare Behauptungen aufzustellen und öffentlich Angaben zu verbreiten, deren Zuverlässigkeit "nicht felsenfest" sei. Dies geht aus einem Bericht des US-amerikanischen Nachrichtensenders NBC News vom 6. April hervor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d57a6b480cc09de2265fd.jpg>

6:15 de.rt.com: **Bürgermeister Sobjanin: 200.000 Menschen in Moskau von Entlassung bedroht**

Mehr als 200.000 Menschen in Moskau sind von Arbeitslosigkeit bedroht, weil ausländische Unternehmen ihre Tätigkeit eingestellt haben. Die Moskauer Behörden werden befristete und öffentliche Arbeiten für diejenigen anbieten, die in diesen Betrieben gearbeitet haben. Rund 200.000 Menschen in Moskau laufen Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, weil die Arbeit ausländischer Unternehmen in Russland eingestellt wurde. Dies geht aus einer Mitteilung auf der Webseite des Bürgermeisters der russischen Hauptstadt, Sergei Sobjanin, hervor.

Um die Folgen abzumildern, habe das Moskauer Bürgermeisteramt ein Programm zur Unterstützung der von Entlassung bedrohten Angestellten entwickelt. Das Programm wird 58.000 der vorgenannten Arbeitnehmer unterstützen. Für seine Durchführung werden 3,36 Milliarden Rubel (38,6 Millionen Euro) bereitgestellt, einschließlich der Subventionen aus dem Staatshaushalt.

Das Programm der Hauptstadt sieht die Organisation von Zeitarbeitsplätzen für die Arbeitnehmer vor, die sich derzeit in erzwungener Haltezeit befinden und von ihrem Arbeitgeber eine Entschädigung erhalten. Es wurde vorgeschlagen, dass sie an der Fertigstellung von Archiven, der laufenden Wartung von Geräten und anderen Tätigkeiten beteiligt werden, mit denen sie ein zusätzliches Einkommen erzielen können.

Haushaltszuschüsse für die befristeten Arbeitsangebote stehen Unternehmen zur Verfügung, deren Mitarbeiter von Entlassung bedroht sind, sowie Organisationen, die bereit sind, Zeitarbeitsplätze für Mitarbeiter anderer Unternehmen zu schaffen.

Auch für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, aber noch nicht beschäftigt sind, werden öffentliche Arbeiten organisiert, unter anderem in öffentlichen Dienstleistungszentren, Sommerpavillons, Parks und anderen Einrichtungen.

Unternehmen und Organisationen, die eine solche Alternativbeschäftigung anbieten, können Haushaltszuschüsse für die Integration der Mitarbeiter an ihren neuen Arbeitsplätzen erhalten, einschließlich der Ausbildung an Hochschulen, Berufsbildungszentren oder Unternehmensuniversitäten.

Das Büro des Moskauer Bürgermeisters schätzt, dass mehr als 58.000 Menschen, die in Unternehmen beschäftigt waren, die ihren Betrieb eingestellt haben, im Rahmen des Programms Unterstützung bei der Arbeitssuche erhalten. Davon werden etwa 12.500 Personen umgeschult, und etwa 39.000 Arbeitssuchende werden in der Zeitarbeit und im öffentlichen Dienst eingesetzt.

Die Moskauer Stadtregierung genehmigte auch die Zuteilung und Auszahlung von monatlichen Beihilfen für Kinder aus bedürftigen Familien. Familien, deren durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen das Existenzminimum in Moskau nicht übersteigt, können diese Leistungen erhalten. Je nach ihrem Einkommen beträgt die Zahlung entweder 50 Prozent des Existenzminimums des Kindes, also 8.087 Rubel (92,88 Euro) oder 75 Prozent, was 12.131 Rubel (139,32 Euro) entspricht. Bei 100 Prozent werden 16.174 Rubel (185,72 Euro) pro Monat ausgezahlt. Als Startdatum wurde der 1. April festgelegt.

Um kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen, genehmigten die Behörden auch ein neues Programm von vergünstigten Online-Krediten für diese Zielgruppe. Unternehmer aus allen Branchen können Online-Darlehen zu einem Vorzugssatz von 13,5 Prozent erhalten. Der maximale Darlehensbetrag beträgt fünf Millionen Rubel (57,425 Euro), und die Zinsvergünstigung wird für neun Monate gewährt.

Nach dem Beginn des russischen Sondereinsatzes in der Ukraine und der Verhängung von Sanktionen durch westliche Länder kündigte ein ausländisches Unternehmen nach dem anderen an, seine Tätigkeit einzustellen oder sich vom russischen Markt zurückzuziehen. So haben beispielsweise McDonald's-Restaurants auf unbestimmte Zeit geschlossen. Ihren Betrieb eingestellt haben auch die schwedischen Konzerne IKEA und die H&M-Gruppe, die Softwarehersteller Microsoft, Adobe und Cisco, die Buchungsdienste Booking und Airbnb und weitere Firmen.

Mehrere Produktionsstätten ausländischer Unternehmen in Russland wurden ebenfalls stillgelegt, darunter die Hyundai-Autofabrik in Sankt Petersburg, die Michelin-Reifenfabrik im Gebiet Moskau und die Fazer-Bäckerei- und Süßwarenfabriken in Moskau und Sankt Petersburg.

Am 12. April legte eine Gruppe von Abgeordneten der Partei "Einiges Russland" der Staatsduma einen Gesetzentwurf vor. Dieser legte die Bedingungen und den Mechanismus für die Einführung einer externen Verwaltung in russischen Niederlassungen ausländischer Unternehmen fest, die Russland verlassen hatten. Dem Dokument zufolge kann ein Unternehmen vorübergehend verwaltet werden, wenn sich mindestens 25 Prozent der Anteile im Besitz eines Staatsbürgers aus einem mit Russland nicht befreundeten Land befinden und das Unternehmen für die Stabilität der russischen Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung ist. Die Verfasser wiesen darauf hin, dass der Hauptzweck darin bestehe, "die Interessen der Russen zu schützen, Arbeitsplätze zu erhalten und die Wirtschaft zu unterstützen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d660348fbef31cc7b5354.jpg>

7:42 (6:42) novorosinform: **Die DVR fand neue Beweise für die Beteiligung der OSZE an den Verbrechen des Kiewer Regimes im Donbass**

Es wurden Laptops mit Software der ukrainischen Firma Ukrspek gefunden, mit deren Hilfe die Streitkräfte der Ukraine OSZE-Kameras steuerten, um das Feuer auf die DVR und LVR einzustellen.

Kameras und andere technische Mittel, die von der OSZE-Sonderüberwachungsmission im Donbass verwendet wurden, wurden in das Feuerleitsystem der ukrainischen Armee und der Militanten der nationalen Bataillone integriert. Dies teilte der Stab der Territorialverteidigung der Republik unter Bezugnahme auf die Informationen des Ministeriums für Staatssicherheit mit.

So benutzten die Kommandeure der Einheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine Laptops mit ukrainischer Software, um die OSZE-Kameras zu steuern, was wiederum dazu beitrug, Artillerie- und Flugzeugfeuer auf die Stellungen der Volksmiliz der DVR zu richten. „Während der Untersuchung wurde auch aufgedeckt, dass Videoaufzeichnungsgeräte verwendet wurden, um die Bewegung von Personal und militärischer Ausrüstung der Streitkräfte der DVR zu kontrollieren“, heißt es in dem Bericht.

Wir erinnern daran, dass mehrere örtliche OSZE-Mitarbeiter in der DVR und LPR wegen des Verdachts des Hochverrats festgenommen wurden. Darüber hinaus wurde die Mission aufgefordert, das Territorium des Donbass bis Ende April zu verlassen.



https://novorosinform.org/content/images/31/59/43159_720x405.jpg

7:17 de.rt.com: **Iran droht mit Angriffen im Zentrum Israels**

Der iranische Präsident sprach gegenüber der israelischen Regierung eine scharfe Drohung aus. Teheran beobachte angesichts der Entspannungsversuche Israels mit den arabischen Staaten die Aktivitäten Tel Avivs sehr genau.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi hat Israel gewarnt, dass selbst ein kleiner Fehler "die Reaktion Irans im Zentrum ihres Regimes" auslösen werde. Iran beobachte die israelischen Aktivitäten genau, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete.

In seiner Ansprache während der Militärparaden, die am Montag in der Landeshauptstadt Teheran anlässlich des Nationalen Armeetages stattfanden, sagte Raisi, die iranischen Streitkräfte hätten ihre Fähigkeiten so gut ausgebaut, dass die militärische Macht Irans in der Region bekannt geworden sei.

Der Präsident hob die Kampfbereitschaft der iranischen Streitkräfte hervor und machte deutlich, dass Iran über die Abschreckungskraft verfüge, sich jeder feindlichen Bewegung entgegenzustellen. Der iranische Regierungschef fügte hinzu:

"Nicht eine kleine Bewegung des Feindes bleibt vor den scharfen Augen der iranischen Streitkräfte verborgen."

Anfang April hatte der Generalstabschef der iranischen Streitkräfte, Generalmajor

Mohammad Hossein Baqeri, erklärt, alle iranischen Streitkräfte seien bereit, auf jede Bedrohung auf jeder Ebene so entschlossen und vernichtend zu reagieren, dass die „Feinde Irans“ es bereuen würden, feindliche Maßnahmen gegen die islamische Ordnung im Iran zu ergreifen.

Der Präsident erinnerte die israelische Regierung daran, dass die iranischen Sicherheitskräfte deren Aktivitäten überwachen werden, während Tel Aviv auf eine Normalisierung der Beziehungen zu einer Reihe von Ländern in der Region dränge. Raisi erklärte:

"Wenn sie (die Israelis) den kleinsten Fehler begehen, wird unsere Antwort im Zentrum des zionistischen Regimes erfolgen und unsere Streitkräfte werden sie nicht in Ruhe lassen."

Der iranische Präsident verwies zudem auf das Eingeständnis des Sprechers des Weißen Hauses, dass die einseitigen Sanktionen gegen den Iran gescheitert seien, und sagte, ein solches Schicksal erwarte alle Feinde des Iran.

In einer Stellungnahme vom Dezember 2021 hatte Raisi die „Feinde Irans“ gewarnt, jeder kriegerische Schritt gegen Teheran werde eine so entschlossene Antwort der iranischen Streitkräfte nach sich ziehen, dass sich die strategischen Gleichgewichte erheblich verändern würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d3687b480cc6b9405fd64.jpg>

8:20 (7:20) novorosinform.org: **Die Geschichte der ukrainischen Großmutter mit dem Banner des Sieges verursachte eine Resonanz in der UN – Poljanskij**

Der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen fügte hinzu, dass er darüber sehr erfreut sei.

Die Geschichte einer alten Frau, die mit dem Siegesbanner zu den bewaffneten Neonazis ging und dachte, das russische Militär stehe sei vor ihr, ging durch die UNO und ließ dort niemanden gleichgültig, sagte Dmitri Poljanskij. Er bemerkte, dass viele ihn am Rande baten, dieses Video zu zeigen, und sich für das Schicksal einer älteren Frau interessierten.

„Diese Geschichte hat hier wirklich Anklang gefunden, und ich freue mich sehr, dass sie auch zu Hause Anklang fand“, sagte er.

Poljanskij betonte, dass die ukrainische Großmutter eine Meisterleistung vollbracht habe, indem sie das Essen an den bewaffneten Nazi zurückgab, der auf das Banner getreten war. Er fügte auch hinzu, dass er Kollegen bei der UN weiterhin ähnliche Geschichten zeigen würde, gerade weil sie Resonanz finden.

Wir fügen hinzu, dass das Bild der heldenhaften Großmutter bereits auf den Chevrons des russischen Militärs aufgetaucht ist.



https://novorosinform.org/content/images/31/61/43161_720x405.jpg

7:30 de.rt.com: **Gouverneur meldet Beschuss eines Dorfes im Gebiet Belgorod durch die Ukraine**

Das Dorf Golowtschino im Gebiet Belgorod sei von der Ukraine beschossen worden, teilte der Gouverneur der Oblast, Wjatcheslaw Gladkow, mit. Auf Telegram schrieb er: "Von der Ukraine aus wurde das Dorf Golowtschino im Bezirk Graiworon beschossen. Es gibt einige Schäden. Eine Untersuchung der Lage ist bereits im Gange. Ich werde später weitere Einzelheiten bekannt geben." "Es gibt ein Opfer, es ist eine Anwohnerin. Sie erhält jetzt alle notwendige medizinische Hilfe."

7:49 de.rt.com: **Russland erhöht Exportquote für Düngemittel**

Die russische Regierung hat am Montag eine Erhöhung der Exportquoten für russische Düngemittel bekannt gegeben. Damit will man die Hersteller angesichts stagnierender Binnennachfrage und der Auswirkungen westlicher Sanktionen unterstützen. Russland hat die Exportquoten für Mehrnährstoffdünger erhöht, um die einheimischen Produzenten zu unterstützen. Dies geht aus einem Beschluss hervor, der am Sonntag auf der Website des Ministerkabinetts veröffentlicht wurde.

"Die derzeitigen Exportquoten für russische Hersteller von Mineraldüngern wurden vorübergehend um fast 700 Tausend Tonnen erhöht", heißt es in dem Beschluss. Die Maßnahme ist bis zum 31. Mai 2022 gültig.

"Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Düngemittelproduzenten zu unterstützen, die aufgrund der geringen Nachfrage auf dem heimischen Markt und der Sanktionen unfreundlicher Staaten mit dem Risiko von Leerlaufzeiten konfrontiert sind", heißt es in der Mitteilung weiter. Gemeint sind die Sanktionen, die einige westliche Staaten als Reaktion auf Moskaus Militäroperation in der Ukraine gegen Russland verhängt haben. Düngemittel sind jedoch bisher von den Beschränkungen weitgehend verschont geblieben. Die USA haben Anfang des Monats sogar Düngemittel von ihrer Sanktionsliste gestrichen, um die US-Landwirte vor Engpässen zu schützen und dem Ansteigen der Lebensmittelpreise entgegenzuwirken.

Die russischen Behörden gehen davon aus, dass Länder, die sich den Anti-Russland-Sanktionen nicht angeschlossen haben, die Exporterleichterung ausnutzen und mehr russische Düngemittel kaufen werden.

Dem Dokument zufolge wird die Exportquote für Stickstoffdünger auf etwa 5,7 Millionen Tonnen und für Mehrnährstoffdünger auf etwa 5,6 Millionen Tonnen festgelegt.

Die Quoten beinhalten nicht die Düngemittelausfuhren in die Donbass-Region sowie in die russischen Nachbarländer Abchasien und Südossetien.

Anfang dieses Monats erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, dass die westlichen

Länder weiterhin russische Düngemittel kaufen würden, da dieser Rohstoff knapp sei. "Sie werden die Waren kaufen, die knapp sind. Das werden sie. Niemand will verhungern", sagte der russische Staatschef.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d3d0eb480cc6d0c7fdf6f.jpg>

8:25 de.rt.com: **Japan liefert der Ukraine Drohen und Ausrüstung zum Schutz gegen Chemiewaffen**

Tokio wird der Ukraine Schutzanzüge und Masken gegen chemische Waffen sowie Drohnen liefern. Dies teilte das japanische Verteidigungsministerium am Dienstag mit. Laut TASS heißt es in einer Erklärung der Behörde:

"Aufgrund eines neuen Ersuchens der ukrainischen Regierung haben wir beschlossen, Masken und Schutzanzüge gegen chemische Waffen sowie Drohnen bereitzustellen. Das Verteidigungsministerium und die Selbstverteidigungskräfte werden der Ukraine weiterhin maximale Unterstützung gewähren."

Ein Zeitrahmen für die Lieferung der Fracht wurde nicht angegeben. Verteidigungsminister Nobuo Kishi erklärte auf einer Pressekonferenz in Tokio, die Lieferungen an die Ukraine entsprächen den von Japan genehmigten Grundsätzen für die Lieferung von Verteidigungsgütern an Drittländer.

9:28 (8:28) novorosinform.org: **Das Iljitsch-Werk in Mariupol wird wiederaufgebaut und modernisiert – Puschilin**

Der Staatschef der DVR versprach, dass das Unternehmen die Arbeit auf jeden Fall wieder aufnehmen werde.

Das Iljitsch-Werk in Mariupol, das von Neonazis und den Streitkräften der Ukraine gesäubert wurde, werde nicht nur restauriert, sondern auch modernisiert, sagte der Leiter der DVR Denis Puschilin im russischen Fernsehen.

Ihm zufolge wird eine Bewertung des Schadens durchgeführt, um den Umfang und die Kosten zukünftiger Arbeiten abschätzen zu können.

„Es ist noch oberflächlich, aber es hat trotzdem begonnen. Unsere Pläne sind, die Anlage zu restaurieren – sie muss funktionieren. Die in dieser Anlage hergestellten Produkte sind jetzt gefragt“, betonte Puschilin.

Er stellte fest, dass Investitionen in dieses Unternehmen sehr rentabel sein werden.

Was die Zukunft eines anderen Industriegiganten, des Asowstal-Werks, betrifft, hatte Puschilin zuvor vorgeschlagen, dass die Bewohner von Mariupol über sein Schicksal entscheiden sollen, da das Unternehmen die Stadt sehr verschmutzt und verhindert hat, dass sie ein Erholungsort wird.



https://novorosinform.org/content/images/31/64/43164_720x405.jpg

9:32 (8:32) novorosinform.org: **Der Bürgermeister von Cherson bittet Selenskij, die Arbeitsbedingungen unter den aktuellen Umständen zu erklären**

Der Bürgermeister von Cherson, Igor Kolychaew, schrieb einen offiziellen Brief an den Präsidenten und die Behörden der Ukraine mit der Bitte zu erklären, wie die lokale Verwaltung in Anwesenheit des russischen Militärs in der Region arbeiten soll.

Seinen Appell veröffentlichte der Telegram-Kanal „Politik des Landes“.

„Ich bitte Sie, so schnell wie möglich Klarstellungen (Empfehlungen) über die Maßnahmen des Stadtrats von Cherson zu geben ... im Falle von Versuchen, die Macht auf dem Territorium der Gemeinde, des regionalen Zentrums oder der Region durch die Militäreinheiten der Russischen Föderation zu errichten, die Flagge zu wechseln oder eine ‚Rubelzone‘ einzuführen“, schrieb das Oberhaupt der Stadt in der Erklärung.

Kolychaew erklärte, dass die Führung der Region nicht wisse, wie die aktuellen Normen interpretiert werden sollen und auf welcher Grundlage Maßnahmen ergriffen werden sollen, Beamte zur Rechenschaft zu ziehen. Deshalb bitte der Leiter von Cherson, die spezifischsten Anweisungen für weitere Handlungen von Beamten zu geben.

Insbesondere sei zu klären, ob Beamte kündigen, auf Fernarbeit umstellen oder gar das Stadtgebiet verlassen sollten, und wie in diesem Fall ihre Aufgaben zu erfüllen sind.

Kolychaew bittet auch um Klärung dazu, was zu tun ist, wenn das ukrainische Finanzministerium aufhört, Renten, Gehälter an Staatsangestellte und Sozialleistungen an Bewohner des vom russischen Militär kontrollierten Territoriums zu überweisen.



https://novorosinform.org/content/images/31/65/43165_720x405.jpg

8:39 de.rt.com: **Tschechiens Ex-Präsident verurteilt Hass auf Russland**

Bei der gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine sind Russland und der Westen die eigentlichen Konfliktparteien, meint Tschechiens ehemaliger Präsident Václav Klaus. Er fordert mehr politischen Pragmatismus und ernsthafte Friedensgespräche.

Statt Waffenlieferungen sollte der Westen sich auf eine Lösung der Ukraine-Krise mit diplomatischen Mitteln konzentrieren. Dies forderte der ehemalige Präsident Tschechiens Václav Klaus in einem Kommentar, der am 14. April auf dem tschechischen

Nachrichtenportal iDNES veröffentlicht wurde. Dort schrieb Klaus:

"Der Krieg in der Ukraine dauert seit sieben Wochen an. Diverse 'Experten' sagen voraus, dass er Monate, wenn nicht Jahre weitergehen kann. Ich kann diese leichtsinnigen Behauptungen nicht akzeptieren. Menschen sterben."

"Dennoch werden keine ernsthaften Friedensgespräche geführt. Ganz im Gegenteil, statt Forderungen solcher Gespräche hören wir Schlachtrufe und Berichte über Ausweitungen von Lieferungen schwerer Waffen."

Klaus, der sein Land zwischen 1992 und 1998 als Ministerpräsident und zwischen 2003 und 2013 als Staatspräsident vertreten hatte, äußerte Zweifel an der Zweckmäßigkeit der russisch-ukrainischen Verhandlungen. Nicht allein die Ukraine, sondern der gesamte Westen sei am Konflikt gegen Russland beteiligt:

"Ist es tatsächlich ein russisch-ukrainischer Konflikt?"

"Sehen wir nicht etwa einen Konflikt zwischen dem Westen und Russland, in dem die Ukraine zu einem unglücklichen, jedoch einem bequemen Objekt wurde?"

Eine Instrumentalisierung der Ukraine für den Konflikt mit Russland zeige sich auch am opportunistischen Umgang mit den Bürgern der Ukraine, führte der tschechische Ex-Präsident weiterhin aus. "In der Vergangenheit erregten die Ukraine und die Ukrainer keine Sympathien bei den Europäern. Persönlich muss ich sagen, dass ich mich immer dafür schämte, wie die Tschechen ukrainische legale und illegale Migranten, die bei uns arbeiten, behandeln. Nun aber senden alle buchstäblich ihre Liebe zur Ukraine und den Ukrainern aus. Dient diese Liebe nicht als bloßer Vorwand für den Hass auf Russland", wie mir eine persönlich unbekannte Dame schrieb?"

Der Ex-Präsident plädierte dafür, eine Lösung des Ukraine-Konflikts nicht emotional, sondern pragmatisch anzugehen. Eine Hinauszögerung der Kämpfe in der Hoffnung auf eine Niederlage Russlands sei für Europa gefährlich und selbstzerstörerisch.

"Ich bin mir sicher, dass der Westen und Russland sich möglichst bald an einem Verhandlungstisch zusammenfinden sollen", betonte Klaus. Er nannte dabei kein konkretes Gesprächsformat, erachtete aber eine Teilnahme der USA als notwendig und schlug auch eine Beteiligung der EU und Chinas vor. Gegenwärtig verfolgten aber alle Seiten "eigene ganz unterschiedliche Interessen" und zeigten keine Bereitschaft an einer Beendigung des Konflikts, so Klaus.

Indessen hatte Washington der Ukraine Waffenlieferungen im Wert von 800 Millionen US-Dollar zugesichert. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte sich am Sonntag für eine verstärkte Aufrüstung der Ukraine ausgesprochen und behauptet, dass der Krieg noch Monate oder gar Jahre andauern könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d7f3eb480cc41107ea3ff.jpg>

9:52 (8:52) novorosinform.org: **Die ukrainische Armee beschoss mit Mehrfachraketenwerfern Wohngebäude im Dorf Pologi in Saporoschje**

Infolge des Beschusses wurde ein Zivilist verwundet und mehrere Häuser zerstört. Bewaffnete Formationen der Ukraine eröffneten das Feuer aus Mehrfachraketenwerfern auf das Dorf Pologi in der Region Saporoschje, das unter der Kontrolle der russischen Armee steht. Dies wurde im russischen Verteidigungsministerium gemeldet.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Häuser durch Beschuss schwer beschädigt wurden und einige von ihnen nicht mehr restauriert werden können.

„Eine ältere Frau wurde mit mehreren Schrapnellwunden im Gesicht ins Krankenhaus eingeliefert“, fügte das Verteidigungsministerium hinzu.

Es sei daran erinnert, dass die ukrainische Armee allein in Jasinuwataja in einem Monat etwa 600 Häuser zerstört hat. Der Beschuss von Wohngebieten in verschiedenen Städten und Dörfern des Donbass ist immer noch intensiv.



https://novorosinform.org/content/images/31/66/43166_720x405.jpg

8:55 de.rt.com: **Gouverneur hält Blockade des Kaliningrader Gebiets für unmöglich**

Eine Blockade des Kaliningrader Gebiets sei unmöglich, da Flugzeuge auf neutralen Routen fliegen und der Schiffsverkehr die Oblast mit dem Rest Russlands verbindet. Darauf wies der Gouverneur des Gebiets Kaliningrad Anton Alichanow in einem Interview mit RIA Nowosti. Außerdem sei die Schließung des Eisenbahntransits durch das Gebiet für die europäischen Nachbarn nicht von Vorteil. Er stellte fest:

"Europa profitiert von diesem Transit, denn er spart viel Zeit und ist manchmal billiger als der Transport auf dem Wasser. Ganz zu schweigen davon, dass er drei- bis viermal schneller ist."

Nach Ansicht des Gouverneurs würde die Schließung des Schienenverkehrs die Möglichkeiten des Gütertransits aus Südostasien und China nach Europa vollständig blockieren:

"Schauen Sie sich die Karte an und verstehen Sie, dass die Teilhabe an der Neuen Seidenstraße, die auch durch Kaliningrad führt, für Europa als Ganzes im Prinzip unmöglich wird."

Zuvor hatten einige hochrangige EU-Politiker über eine mögliche Blockade der russischen Exklave spekuliert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625e454b48fbef050d3e383e.jpg>

9:20 de.rt.com: **Macron: Frankreich braucht im Gegensatz zu Europa kein Gas aus Russland**

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in einem Interview mit dem Fernsehsender France 5 verkündet, dass sein Land zwar kein russisches Gas brauche, Europa aber darauf angewiesen sei.

Paris arbeite daran, Gas aus anderen Ländern zu importieren.

Zuvor hatte sich der französische Präsident für Beschränkungen der Öl- und Kohlelieferungen aus Russland in die EU ausgesprochen.

10:35 (9:35) novorosinform.org: **Der ukrainische Ex-Abgeordnete Kiwa gab seine Absicht bekannt, in Russland Asyl zu beantragen**

Der frühere Abgeordnete der Werchowna Rada der Ukraine, Ilja Kiwa, will Asyl in der Russischen Föderation beantragen, nachdem die Kiewer Behörden angekündigt haben, sich mit einem Auslieferungersuchen an Moskau zu wenden.

Die Tatsache, dass Kiew plant, gegenüber Russland die Auslieferung von Ilja Kiwa zu beantragen, gab der Abgeordnete der Werchowna Rada der Ukraine, Sergej Ionuschas, bekannt. Darauf habe Kiwa mit einer Nachricht in seinem Telegram-Kanal reagiert, teilt RIA Novosti mit.

„In der aktuellen Situation teile ich Ihnen mit, dass ich beabsichtige, offiziell um Schutz und politisches Asyl in Russland zu bitten“, schrieb Kiwa.

Es sei daran erinnert, dass die Generalstaatsanwältin der Ukraine Irina Wenediktowa im März berichtete, dass Ilja Kiwa des Hochverrats und des Versuchs des Angriffs auf die territoriale Integrität des Landes angeklagt wurde. Sie erklärte auch, dass der ehemalige Abgeordnete bald auf die internationale Fahndungsliste gesetzt werde.



https://novorosinform.org/content/images/31/69/43169_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.4.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 217 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 1 Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **18 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 23 Wohnhäuser, 2 zivile Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 67 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzerwagen, 2 Feuerpositionen für 120mm-Mörser und 2 Lastwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer, ein 122mm-Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“ und ein Lastwagen wurden erbeutet.

Die ukrainischen Nationalisten setzen den Terror und das Genozid gegen die Zivilbevölkerung auf dem zeitweilig von ihnen kontrollierten Territorium fort.

Nach Informationen von Einwohnern von Kramatorsk ist uns von einer **Serie von Morden an friedlichen Einwohnern durch ukrainische Nationalisten** bekannt, die das Ziel hatten, sich ihre Autos anzueignen. So haben Kämpfer an der Ausfahrt aus der Stadt über die Straße N-20 in Richtung Slawjansk Autos angehalten und beschlagnahmt, beim Versuch von Widerstand haben sie den Besitzer des Autos und seine Passagiere am Straßenrand erschossen. **Uns ist zuverlässig von 23 von ukrainischen ermordeten Zivilisten bekannt**, die wirkliche Zahl der Opfer kann viel größer sein.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von den ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn Sie Augenzeuge von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie verdeckt ein Video oder Foto von den Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach dem Abschicken der genannten Information über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ werden die übermittelten Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung von ukrainischen Kriegsverbrechen mit der ganzen Härte des Gesetzes genutzt werden.

9:50 de.rt.com: **Russischer UN-Gesandter: Keine Aussichten für Verhandlungen mit der Ukraine unter derzeitigen Bedingungen**

Der erste stellvertretende ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Dmitri Poljanski hat erklärt, dass er derzeit keine Aussichten auf Vereinbarungen zwischen Russland und der Ukraine sehe.

Er wies am Montag gegenüber dem TV-Sender Solowjow Live darauf hin, dass ein Vorschlag für ein Treffen zwischen Russland und der Ukraine zur Erörterung humanitärer Fragen von den Vereinten Nationen schon einmal gemacht worden sei. Der Diplomat stellte fest: "Sie wollen im Grunde eine Art Nische in der Einigung, in der Annäherung der Positionen der Seiten finden.

Diese Nische wäre wahrscheinlich möglich, wenn es Aussichten auf Vereinbarungen zwischen Russland und der Ukraine gäbe, was ich persönlich derzeit nicht sehe, vor allem nicht in der gegenwärtigen Situation."

Poljanski wies darauf hin, dass die Vereinten Nationen sowie andere interessierte internationale Organisationen im Koordinierungszentrum für humanitäre Fragen vertreten sind, das rund um die Uhr im russischen Verteidigungsministerium arbeitet. Er fügte hinzu: "Sie wissen von allen Initiativen zur Öffnung der humanitären Korridore, sie wissen, dass sie durch das Verschulden der ukrainischen Seite nicht geöffnet wurden, obwohl die russische Seite dazu bereit war. Sie verfügen über viele dieser Informationen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625e5c31b480cc04436622da.jpg>

11:01 (10:01) novorosinform.org: **Die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben in der Ukraine zwei Lager mit Totschka-U-Raketensprengköpfen zerstört**

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, sagte, dass Flugzeuge der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte Angriffe auf 60 ukrainische Militäreinrichtungen durchgeführt hätten.

Konaschenkow sprach darüber während des morgendlichen Briefings, teilt der offizielle Telegram-Kanal des russischen Verteidigungsministeriums mit.

Nach Angaben des Generalmajors wurden die Angriffe von der operativ-taktischen und militärischen Luftfahrt der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte auf 60 ukrainische Militäreinrichtungen durchgeführt. Es wird angegeben, dass zwei Lager zur Lagerung von Sprengköpfen taktischer Totschka-U-Raketen in den Siedlungen Tscherwonaja Poljana und Balakleja zerstört wurden.

Er sagte auch, dass das russische Militär drei Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine und 53 Konzentrationsorte von Militärs und ukrainischer Militärausrüstung angegriffen habe.



https://novorosinform.org/content/images/31/71/43171_720x405.jpg

11:10 (10:10) novorosinform.org: **Die Zahl der Menschen, die vom ukrainischen Beschuss in der Region Belgorod betroffen sind, hat zugenommen**

Das Feuer der ukrainischen Armee auf das Dorf Golowtschino beschädigte mehr als 30 Häuser.

Als Folge des morgendlichen Beschusses des Dorfes Golowtschino wurden drei Zivilisten verletzt, teilte der Gouverneur der Region Belgorod Wjatscheslaw Gladkow in seinem Telegram-Kanal mit.

„Drei Personen wurden verletzt. Eine wurde bereits entlassen und befindet sich in ambulanter Behandlung. Zwei Frauen befinden sich unter der Aufsicht von qualifizierten Ärzten im Krankenhaus“, schrieb er.

Laut Gladkow haben beide Frauen mittelschwere Verletzungen. Zudem wurden in der Siedlung mehr als 30 Häuser beschädigt, es gibt keine Strom- und Gasversorgung. Die Tschapajew- und Nowostrojewker Straße litten am meisten. Der Gouverneur versicherte, dass die Baubrigaden heute mit den Restaurierungsarbeiten beginnen werden. Die Gasversorgung und die Stromversorgung würden in den kommenden Stunden wiederhergestellt.



https://novorosinform.org/content/images/31/72/43172_720x405.jpg

11:14 (10:14) novorosinform.org: **Russische Streitkräfte griffen über Nacht 1.260 ukrainische Militärziele an**

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor

Konaschenkow, sagte, Rakentruppen und Artillerie hätten in der Nacht die Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine und Lager mit Raketen- und Artilleriewaffen angegriffen.

Wie der Generalmajor während des morgendlichen Briefings sagte, griffen russische Rakentruppen und Artillerie 1.260 militärische Ziele in der Ukraine an, berichtete der Pressedienst des Ministeriums im offiziellen Telegram-Kanal.

Infolge russischer Angriffe wurden 25 Kommandoposten, 2 Depots mit Raketen- und Artilleriewaffen und 2 Buk-M1-Flugabwehrraketenwerfer getroffen. Darüber hinaus wurden 1214 Orte der Konzentration von Streitkräften der Ukraine getroffen.



https://novorosinform.org/content/images/31/73/43173_720x405.jpg

10:50 de.rt.com: **DVR: Die Erstürmung des "Asowstahl"-Werkes in Mariupol hat begonnen**

Laut dem offiziellen Sprecher der Donezker Volksrepublik (DVR), Eduard Basurin, hat die Erstürmung des Mariupoler Eisenhüttenwerkes "Asowstahl" begonnen.

"Soweit ich weiß, hat ein Teil der Sturmtruppen, die speziell für die Erstürmung der Anlage ausgewählt wurden, ihre Arbeit bereits aufgenommen, wobei uns die Luftfahrt und die Artillerie der Russischen Föderation gut unterstützen",

sagte Basurin in einer Live-Sendung des russischen Fernsehsenders Rossija 1.

Die von der Ukraine verbreiteten Informationen über den Verbleib der Zivilisten auf dem Territorium des Werkes bezeichnete Basurin als Fake. Ukrainische Nationalisten hätten das vorgebracht, um eine Erstürmung zu verhindern. Wiederholt hätten ukrainische Medien nicht überprüfbare Bilder von Zivilisten, auch von Kindern, gezeigt, die sich in dem Werk aufhalten sollen.

Auch das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, bestätigte den Sondereinsatz. Das Werk solle so schnell wie möglich befreit werden.

Nach Angaben der DVR ist das Gelände der aus der Sowjetzeit stammenden "Azowstahl"-Anlage mit einer Stadt zu vergleichen. Einige Teile der unterirdischen Infrastruktur der Anlage könnten einem Atomschlag standhalten. "Asowstahl" ist der letzte Mariupoler Stadtteil, der sich noch unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte befindet. In dem Stahlwerk sollen sich nach russischen Angaben rund 2.500 Kämpfer der nationalistischen Einheit "Asow" verschanzt haben, darunter auch 400 ausländische Söldner.

In den letzten Tagen kämpften sich bereits einzelne Sturmtruppen der Donezker Volksrepublik auf dem "Asowstahl"-Territorium vor. Das geht aus den Meldungen des Reporternetzwerkes WarGonzo hervor. Am Sonntag postete WarGonzo Fotos und [Videos](#), die belegen sollen, dass einige Fabrikhallen bereits von DVR-Einheiten eingenommen wurden.

Der Militärkorrespondent Semjon Pegow [sagte](#) in einer Schaltung, dass der nördliche Teil des Werkes bereits unter DVR-Kontrolle stehe. Wie aus einem weiteren WarGonzo-[Video](#)

hervorgeht, hat am Montag die Offensive einer motorisierten Einheit des "Somali"-Bataillons der Donezker Volksmiliz auf "Asowstahl" begonnen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625e7d8a48fbef2d5149c6b5.PNG>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 19.04.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 28 Mann;
- 2 Panzer;
- 2 Schützenpanzer;
- 1 Schützenpanzerwagen;
- 3 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 30 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und 122mm sowie Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ **auf Perwomajsk und Nowoajdar abgefeuert.**

Infolge des Beschuss auf Perwomajsk wurden die Stadtverwaltung, die Kunstschule, der Kindersportkomplex „Junostj“, die Verwaltung des Rentenfonds, eine Filiale der Staatsbank der LVR, das Kino „Sarja“ und das Geschäft „Katjuscha“ beschädigt, **2 Frauen, geb. 1958 und 1961, verletzt**, außerdem wurden 7 Häuser und ein Wirtschaftsgebäude beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet.**

Außerdem haben Mitarbeiter des Ermittlungskomitees der RF die Folgen von Beschuss durch Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte auf Perwomajsk erfasst.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien.

11:15 de.rt.com: Eigentümer von Opel und Peugeot setzt Produktion in Kaluga aus

Der Automobilkonzern Stellantis, der Eigentümer von Opel und Peugeot, setzt die Autoproduktion in seinem Werk in Kaluga aus. Das teilte das Unternehmen in einer Erklärung mit. Darin heißt es laut TASS:

"In Anbetracht der zunehmenden Zahl von gegenseitigen Sanktionen und logistischen Schwierigkeiten hat Stellantis beschlossen, die Produktion in seinem Werk in Kaluga

auszusetzen. Stellantis ergreift alle Maßnahmen, um die internationalen Sanktionen einzuhalten und seine Mitarbeiter zu schützen."

Gleichzeitig teilte das Unternehmen Mitte März mit, dass es nach Möglichkeiten suche, den Export und Import von Fahrzeugen aus und nach Russland wieder aufzunehmen.

Die Stellantis Corporation entstand 2021 durch die Fusion des italienisch-amerikanischen Herstellers Fiat Chrysler Automobiles mit dem französischen Unternehmen PSA Group.

Stellantis ist Eigentümer von 14 Marken, darunter Citroën, Fiat, Opel und Peugeot.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625e6f4c48fbef050d3e3868.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Zum Stand am 19. April 2022** haben die Truppengruppierung der DVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der DVR auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik **163 Ortschaften**, einschließlich Nowoandrewjwka, Stepnoje (Bezirk Wolnowacha) und Kropiwnizkoje **befreit und unter vollständige Kontrolle genommen**.

Die Säuberung Mariupols läuft.

11:50 de.rt.com: **Russland wird keine UN-Untersuchung der Ereignisse in der Ukraine einleiten**

Moskau wird bei den Vereinten Nationen keine internationale Untersuchung der Ereignisse in der Ukraine, einschließlich der Provokation in Butscha, einleiten, weil es kein Vertrauen in die Objektivität der Untersuchung hat. Das verkündete der Direktor der Abteilung für internationale Organisationen des russischen Außenministeriums Pjotr Iljitschew gegenüber RIA Nowosti. Der Diplomat erklärte:

"Bislang wurde dieses Thema bei der UNO nicht angesprochen. Wir müssen abwarten, welche Art von Untersuchung es geben wird und wer sie leiten wird. Leider zeigen die Erfahrungen früherer Untersuchungen, einschließlich derjenigen des Internationalen Strafgerichtshofs, eine ausschließlich parteiische Haltung."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625e5f3448fbef2e9f159eeb.jpg>

12:54 (11:54) novorosinform.org: **Montenegro entschuldigt sich für die irrtümliche Ankündigung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Russland**

Das montenegrinische Außenministerium entschuldigte sich für einen "groben Fehler" in einer Veröffentlichung über Sanktionen gegen Russland, die darauf hindeuteten, dass das Land die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abbreche.

Die russische Botschaft in Montenegro forderte eine Erklärung über die Ankündigung der Beendigung der diplomatischen Beziehungen. Das montenegrinische Außenministerium räumte den Fehler ein und entschuldigte sich für dieses Versehen seinerseits. Das teilte die Agentur RIA Novosti mit.

„Wir entschuldigen uns bei der Öffentlichkeit für ein grobes Versäumnis in der zuvor veröffentlichten Mitteilung, in der anstelle der Auflistung restriktiver Maßnahmen fälschlicherweise angegeben wurde, dass sie in Kraft getreten seien.“ Minister Radulovic erwähnte im geschlossenen Teil des Treffens die Arten von restriktiven Maßnahmen gemäß dem Gesetz und nicht wie in der ersten Mitteilung fälschlicherweise angegeben wurde“, sagte das Außenministerium des Landes.

Es wird berichtet, dass Montenegro eine Reihe restriktiver Maßnahmen gegen Russland eingeführt habe. Nach Angaben der Behörden dieses Landes ist dies auf die Situation in der Ukraine zurückzuführen. Zuvor hatte Montenegro beschlossen, vier russische Diplomaten auszuweisen.



https://novorosinform.org/content/images/31/83/43183_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Verteidigungsministerium der RF: Wir wenden uns an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und ausländischen Söldner – aufgrund des zynischen Verhaltens der Kiewer Regierung erwartet Sie alle ein nicht beneidenswertes Schicksal.**

Versuchen Sie Ihr Schicksal nicht und treffen Sie die einzige richtige Entscheidung zur Beendigung der Kriegshandlungen und legen Sie die Waffen schon jetzt nieder, wo auch immer Ihre „Kuratoren“ Sie auch zwingen mögen, für die Ideen des Nazismus zu kämpfen. Die Russische Föderation garantiert jedem von Ihnen sein Leben und die Einhaltung aller Normen der Genfer Konvention zum Umgang mit Kriegsgefangenen, wie das schon mit den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte der Fall war, die sich schon zuvor in Mariupol in Gefangenschaft begeben haben.

Von 14:00 bis 16:00 ist ein Verlassen ausnahmslos aller ukrainischen bewaffneten Einheiten und ausländischen Söldner ohne irgendwelche Waffen und Munition möglich.

Wir erinnern daran, dass der spezielle Telegram-Bot „Übergang auf die Seite der DVR“ weiter in Betrieb ist, mit dessen Hilfe Soldaten der ukrainischen Streitkräfte alle notwendigen Informationen während des Übergangs auf die Seite der RF, der DVR und der LVR erhalten können.

nachmittags:

13:18 (12:18) novorosinform.org: **Die Präsidentin der Republik Moldau schickte das St.-Georgs-Band „in den Mülleimer der Geschichte“**

Maja Sandu unterzeichnete ein Verbot für das Zeigen des Hauptsymbols des Sieges und erklärte, dass Übertreter „hart bestraft“ würden.

Die Präsidentin von Moldawien hat laut dem Telegram-Kanal Sputnik Moldova ein Gesetz unterzeichnet, das das St.-Georgs-Band im Land verbietet.

Gleichzeitig treten Änderungen des Verstoßkodexes ohne die übliche Dreimonatsfrist sofort nach Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

„Der Platz des St. George-Bandes ist im Mülleimer der Geschichte“, sagte Sandu bei einem Briefing.

Seine Verwendung sei fortan „trafbar“ und werde „hart bestraft“. Und für die Unterstützung von Russlands militärischer Sonderoperation in der Ukraine sollten moldauische Bürger „aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden“.

Wir fügen hinzu, dass neben dem Georgsband auch die Buchstaben „Z“ und „V“ als „Symbole der Aggression“ verboten wurden.

Zuvor hatte die moldauische Regierung erklärt, sie werde Russland nicht helfen, die westlichen Sanktionen zu umgehen.



https://novorosinform.org/content/images/31/85/43185_720x405.jpg

12:40 de.rt.com: **Moskau: Ukrainischer Geheimdienst bereitet Provokation im Gebiet Odessa vor**

Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) bereitet eine ungeheuerliche Provokation vor, um Russland anschließend erneut "Kriegsverbrechen" vorwerfen zu können. Er plane, seine Sicherheitskräfte in russische Uniformen zu kleiden und eine demonstrative Erschießung von Einwohnern der Region Odessa zu inszenieren, so der Leiter des russischen Zentrums für nationales Verteidigungsmanagement, Generaloberst Michail Misinzew. Er [erklärte](#): "Laut zuverlässigen Informationen bereitet der ukrainische Sicherheitsdienst eine weitere ungeheuerliche Provokation vor, um Soldaten der Russischen Föderation wegen eines angeblichen Massakers an Zivilisten im Gebiet Odessa sogenannter Kriegsverbrechen zu beschuldigen. Zu diesem Zweck ist geplant, eine der SBU-Einheiten mit der Uniform russischer Soldaten zu kleiden und in naher Zukunft eine demonstrative Erschießung von Anwohnern durchzuführen."

Dem General zufolge plane der SBU, Foto- und Videoaufnahmen dieser Aktion mit "russischen Gräueltaten" von ukrainischen und westlichen Nachrichtenagenturen zu veröffentlichen, "um sofort zynische Fälschungen zu verbreiten".

Diese Art von Provokation zeige die unmenschliche Haltung Kiews gegenüber dem Schicksal der ukrainischen Zivilbevölkerung, so Misinzew. Der General warnte die westlichen Länder, dass die Russische Föderation "über operative Beweise für die Vorbereitung weiterer grausamer Verbrechen durch das Kiewer Regime verfügt".



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/13/1784262938_160:500:2911:2048_1280x0_80_0_b7312aa0d77fd1ae0e334830d8ccfac0.jpg

13:10 de.rt.com: **Russische Ordnungskräfte nehmen im Gebiet Charkow eine Gruppe von Plünderern fest**

Russische Sicherheitsbeamte haben eine Gruppe von Plünderern in der vom russischen Militär kontrollierten Stadt Kupjansk im Gebiet Charkow festgenommen. Das teilte ein Vertreter der Militär- und Zivilverwaltung gegenüber RIA Nowosti mit. Er erklärte:

"Es gab Plünderer in der Stadt, die Geschäfte und Häuser geplündert haben, sie wurden festgenommen. Sie wurden von russischen Ordnungskräften festgenommen, die gemeinsam mit Vertretern des Innenministeriums der Volksrepublik Lugansk für Ordnung in Kupjansk sorgen."

Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti meldet, die Lage in der Stadt sei insgesamt ruhig. Die Militär- und Zivilverwaltung – eine prorussische provisorische Staatsbehörde – würde ihre Arbeit fortsetzen. In den Schulen werde unterrichtet, der Markt und einige Geschäfte seien geöffnet.

Kupjansk ist die drittgrößte Stadt im Gebiet Charkow und befindet sich seit einem Monat

unter der Kontrolle der russischen Sicherheitskräfte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625e884eb480cc0685155e02.jpg>

13:43 de.rt.com: **Elbe Day in Torgau: Bündnis will trotz Absage offizieller Feierlichkeiten auf die Straße gehen**

Ein linkes Bündnis plant, in der nordsächsischen Stadt Torgau trotz der Absage der offiziellen Feierlichkeiten zum Elbe Day durch die Stadtverwaltung den historischen Tag mit einer Demonstration zu begehen. In Torgau trafen im April 1945 US-amerikanische und sowjetische Truppen aufeinander.

Die Stadtverwaltung von Torgau in Nordsachsen hat beschlossen, die offiziellen Feierlichkeiten zum 77. Jahrestag des sogenannten Elbe Days am 25. April, an dem sich US-amerikanische und sowjetische Truppen begegneten, abzusagen. Das Rathaus begründete diesen Schritt mit dem Ukraine-Krieg. In einer Erklärung teilten die Stadtverantwortlichen mit:

"Die aktuelle Lage und die täglichen Ereignisse lassen es geraten erscheinen, eine derartige Zusammenkunft in diesem Jahr nicht durchzuführen."

Bisher hatten an den offiziellen Feierlichkeiten offizielle Vertreter beider Seiten teilgenommen. Zugleich betonte die Verwaltung, dass individuelle Kranzniederlegungen am Denkmal möglich seien.

Der Bischofskonvent der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland lädt zudem zu einem Friedensgebet an der ehemaligen Elbbrücke, die im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde, ein. Aber ein linkes Bündnis will den historischen Tag dennoch mit einer öffentlichen Aktion begehen. Die Deutsche Kommunistische Partei, die Zeitung junge Welt, das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden, die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung sowie weitere Organisationen rufen zu einer Demonstration um 12 Uhr am Samstag, dem 23. April, auf. Der Demonstrationzug soll am Brückenkopf am Ostufer der Elbe starten und über die neue Elbbrücke zum Torgauer Markt führen. Am Denkmal der Begegnung wird die Demonstration enden.

In einem Flyer zur Demonstration machen die Aufrufer auf die Worte des US-Soldaten Joe Polowsky über seine Begegnung mit den Rotarmisten aufmerksam:

"Wir versprachen einander, dass die Nationen der Erde in Frieden leben sollten und müssten." Dieser Schwur sei eine eindringliche Mahnung. Trotz des unermesslichen Leids im Zweiten Weltkrieg, losgetreten durch den Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion und den Angriff Japans auf China, sei es erneut zu einem Krieg gekommen. Dabei verweisen die Aufrufer auf die historischen und geopolitischen Umstände des aktuellen Konflikts in der

Ukraine:

"Die Russische Föderation hat aus historischer Erfahrung gehandelt und es nicht zu einem zweiten 21. Juni 41 (der Tag des Überfalls auf die Sowjetunion) kommen lassen und die gegen die Republiken des Donbass und sie gerichteten militärischen Angriffseinrichtungen in der von der NATO aufgerüsteten Ukraine angegriffen und neutralisiert."

Zudem bemängeln die Aufrufer, dass die NATO-Staaten nie ernsthaft auf die von Russland vorgebrachten Vorschläge für ein System der kollektiven Sicherheit eingegangen seien.

"Das Resultat ist der zur Zeit herrschende Kriegszustand in der Ukraine."

Dazu erklärt das Bündnis:

"Wir sagen: Die Waffen nieder! Verhandlungen über kollektive Sicherheit für Alle jetzt!

Friede und freie Entscheidung der Republiken des Donbass über ihre Zukunft!"

Jeder in Deutschland sei verpflichtet, "Widerstand gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung und die NATO-Provokationen zu leisten".

Zentrale Losungen der geplanten Demonstration sind: "Raus aus der NATO" sowie "Frieden mit Russland und China".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625e5f3bb480cc0685155ddc.jpg>

13:55 de.rt.com: **Medienbericht: Griechenland blockiert russischen Tanker wegen EU-Sanktionen**

Die griechischen Behörden haben den unter russischer Flagge fahrenden Tanker Pegas mit 19 russischen Seeleuten an Bord in der Bucht von Karystos in der Nähe der Insel Evia festgehalten. Dies berichtete die Athenisch-Makedonische Nachrichtenagentur (AMNA) am Dienstag.

Der Tanker Pegas liege nach Angaben der Hafenbehörden in der Bucht von Karystos vor Anker. Die entsprechende Entscheidung wurde von der griechischen Anti-Geldwäsche-Behörde im Zusammenhang mit der Umsetzung der von der EU und der NATO verhängten Sanktionen gegen Schiffe, die russische Interessen vertreten, getroffen, hieß es.

Das Schiff wurde von einem Schlepper in Richtung der Halbinsel Peloponnes eskortiert, wo das Öl wegen eines mechanischen Schadens auf einen anderen Tanker umgeladen werden sollte, doch aufgrund ungünstiger Wetterbedingungen ankerte das Schiff in der Nähe von Karystos.

Nach Angaben der Agentur betreffe der Festhalteantrag nur das Schiff, nicht dessen Ladung.

15:35 (14:35) novorosinform.org: **Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine gab den fünften Gefangenenaustausch mit Russland bekannt**

Laut Irina Wereschtschuk hat die ukrainische Seite 60 Soldaten und 14 Zivilisten zurück erhalten.

Am Dienstag, dem 19. April, fand der fünfte Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland statt, teilte die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Irina Wereschtschuk, gegenüber Journalisten mit.

Ihr zufolge konnte Kiew 60 Militärangehörige zurück erhalten, darunter 10 Offiziere der Streitkräfte der Ukraine. Außerdem kehrten 14 Zivilisten in die Ukraine zurück.

Wie viele Kriegsgefangene von der ukrainischen Seite im Gegenzug übergeben wurden, hat Wereschtschuk nicht mitgeteilt.



https://novorosinform.org/content/images/31/96/43196_720x405.jpg

14:48 de.rt.com: **Russische Militäroperation tritt in neue Phase ein – große Schlacht um den Donbass hat begonnen**

Die russischen Truppen haben ihre Offensive im Donbass gestartet. Laut Verteidigungsministerium wurden schon in der Nacht 1260 militärische Ziele durch Raketen und Artillerie getroffen. Der russische Außenminister Lawrow erklärte, dass die nächste Phase der militärischen Sonderoperation in der Ukraine begonnen habe. Ziel sei die vollständige Befreiung der Territorien der Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Die russische Militäroperation in der Ukraine trete in eine neue Phase ein, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow gegenüber indischen Medien. In einem am Dienstag ausgestrahlten Interview sagte Lawrow, die Ziele der Militäraktion in der Ukraine seien von Moskau von Anfang an erklärt worden, und eines dieser Ziele sei die Einnahme des gesamten Gebiets, das die Volksrepubliken Donezk und Lugansk als ihr souveränes Territorium beanspruchen.

"Diese Operation wird fortgesetzt. Es beginnt eine weitere Phase dieser Operation", bestätigte er und fügte hinzu, dass diese Phase seiner Meinung nach für die gesamte russische Kampagne entscheidend sei.

Am späten Montag gab es Berichte über verstärkte Feindseligkeiten in der Ukraine. Das russische Verteidigungsministerium teilte am Dienstagmorgen mit, dass seine Truppen in der Nacht 1.260 ukrainische Militärziele angegriffen hätten, darunter 1.214 Orte, an denen ukrainische Truppen ihre Kräfte versammelt hatten.

Seit mehreren Wochen zieht Russland Truppen im Südosten der Ukraine und in den Donbass-Republiken zusammen. Die Ukraine hat noch vor Beginn der russischen Militäroperation Ende Februar ihre kampfstärksten Einheiten in die Region verlegt. Viele Militärexperten gehen davon aus, dass diese Schlacht kriegsentscheidend sein wird.

Am Montag erklärten mehrere hochrangige ukrainische Beamte, die erwartete russische Offensive in der Ostukraine habe bereits begonnen, während einige ihrer Kollegen und ausländische Militäranalysten die Aktion lediglich als Vorstufe zu einem viel größeren Angriff bezeichneten.

"Heute Morgen haben die Besatzer fast entlang der gesamten Frontlinie in den Regionen Donezk, Lugansk und Charkow versucht, unsere Verteidigung zu durchbrechen", sagte Alexei Danilow, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, bereits am Montag. Er sagte, dass die russischen Streitkräfte die Front nur an zwei Stellen durchbrechen konnten.

Wenige Stunden später erklärte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einer Videoansprache: "Jetzt können wir feststellen, dass die russischen Streitkräfte die Schlacht um den Donbass begonnen haben, auf die sie sich seit langem vorbereitet hatten. Ein sehr großer Teil der russischen Armee ist jetzt für diese Offensive konzentriert. Egal, wie viele Soldaten dorthin geworfen werden, wir werden kämpfen, wir werden uns verteidigen."

Laut der US-Zeitung New York Times (NYT) wiesen andere ukrainische Militärvertreter jedoch darauf hin, dass Russland nach wie vor Truppen und Ausrüstung in die Donbass-Region verlege und dass die am Montag beobachteten Bodenbewegungen weit von der erwarteten Großoffensive entfernt seien.

"Dies geht nun schon seit vier Tagen so", sagte ein im NYT-Artikel zitierter ukrainischer Militärbeamter. "Sie nimmt einfach an Intensität zu. Alles in allem bestätigt das Gesamtbild, dass die Offensive begonnen hat und in den kommenden Tagen aktiviert wird."

Laut Pentagon braucht Russland für eine Großoffensive noch größere Kapazitäten. Dem Sprecher des Verteidigungsministeriums John F. Kirby zufolge müsste Russlands Militär für kommende Operationen mehr taktische Truppen sowie Kommando- und Kontrollkapazitäten einsetzen. "Wir betrachten das, was wir sehen, immer noch als einen Teil der Gestaltung von Operationen", sagte er während eines Briefings. Er lobte die Ukrainer für ihre Verteidigungsfähigkeit und ihren Kampfmuth und stellte US-Artilleriesysteme für die ukrainische Armee in Aussicht.

Russische Kriegsreporter berichten über verstärkte Kämpfe in der Region. "Am zweiten Tag kommt es zu heftigen Artillerieduellen in unserer Richtung. Es rumpelt so stark, dass es in den seltenen Momenten der Ruhe unangenehm wird", schrieb Korrespondent Alexander Kots auf seinem Telegram-Kanal. Er beobachtet das Kampfgeschehen im Süden des Charkower Gebiets nahe der strategisch wichtigen Stadt Isjum, die vor mehreren Wochen von den russischen Streitkräften eingenommen wurde:

"Ich weiß nicht, was an anderen Teilen der Front passiert, unsere Offensive hat schon vor langer Zeit begonnen und kommt langsam voran. Irgendwo werden Wohnorte kurzerhand eingenommen, anderswo dauern die Kämpfe mehrere Tage. Wir nähern uns langsam den Grenzen des besetzten Teils der Donezker Volksrepublik an."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625e9f2848fbef2d5149c6cb.jpg>

16:03 (15:03) novorosinform.org: **Die russischen Streitkräfte öffneten humanitäre Korridore aus „Asowstal“**

Das russische Verteidigungsministerium gab die Öffnung humanitärer Korridore für den Abzug der kapitulierten ukrainischen Kämpfer aus dem Gebiet von Asowstal in Mariupol bekannt.

Die russischen Streitkräfte öffneten drei humanitäre Korridore, um das ukrainische Militär und sonstigen Kämpfer abzuführen, die sich freiwillig ergeben haben. Dies erklärte der Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, schreibt TASS.

Er erklärte, dass sich in unmittelbarer Nähe des Werks in drei Richtungen drei humanitäre Konvois befinden, von denen jeder drei Dutzend verschiedene Fahrzeuge sowie Dutzende von Krankenwagen umfasst.

Misinzew fügte hinzu, dass auf allen Bewegungsrouten der humanitären Konvois der russischen Streitkräfte sowie der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk ein Regime der Ruhe eingehalten werde. Allen, die ihre Waffen niederlegen, wird die Erhaltung des Lebens, die Sicherheit sowie die Bereitstellung medizinischer Versorgung garantiert, die den Genfer Konventionen für die Behandlung von Kriegsgefangenen entspricht.



https://novorosinform.org/content/images/31/98/43198_720x405.jpg

15:15 de.rt.com: **Lawrow: Westen nutzt Selenskij gegen Russland aus**

Der Westen hätte den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij gegen Russland ausgespielt, um die Minsker Vereinbarungen zu ignorieren. Darauf wies der russische Außenminister Sergei Lawrow am Dienstag in einem Interview mit India Today hin. Er erklärte:

"Ich glaube, der Westen hat ihn bloß gegen Russland benutzt. Sie haben alles getan, um ihn in seinem Wunsch zu bestärken, die Minsker Vereinbarungen zu ignorieren."

Der Diplomat betonte auch, dass die Krise in der Ukraine längst vorbei wäre, wenn Selenskij die Versprechen erfüllt hätte, die er seinen Wählern hinsichtlich seines Wunsches nach Zusammenarbeit und Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gegeben hat.

Laut Lawrow können Selenskij's Erklärungen nicht ernsthaft diskutiert werden, da er ständig seinen Standpunkt ändere.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625e937ab480cc06bb7c8579.jpg>

16:38 (15:38) novorosinform.org: **Die russischen Streitkräfte werden neue Methoden der Kriegsführung einführen – Schoigu**

Der Aktionsplan des russischen Verteidigungsministeriums zielt darauf ab, Armee und Marine zu entwickeln und mit fortschrittlicher militärischer Ausrüstung auszustatten.

Die neuen Methoden der Kriegsführung, die die russischen Streitkräfte einzuführen planen, werden dazu beitragen, sich besser an die modernen Bedingungen der bewaffneten Konfrontation anzupassen. Das teilte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu mit, berichtet RIA Novosti.

Insbesondere die Entwicklung des Kommunikationssystems in der Truppe gehe nach Angaben des Ministers den Weg des Einsatzes fortschrittlicher Telekommunikationstechnologien, was die Zeit für die Einführung der Zielerfassung in Langstreckenwaffensysteme bereits erheblich verkürzt habe.

Schoigu fügte hinzu, dass auch geplant sei, die Kampffähigkeiten von Armee und Marine zu erhöhen. So erhält die Nordflotte mehr als fünfhundert Einheiten moderner Waffen, und das Potenzial ihrer Küstentruppen werde ebenfalls um das Eineinhalbfache steigen. Der Minister betonte, dass damit ein zuverlässiger Schutz und die Souveränität des Landes an den nördlichen Grenzen gewährleistet seien.

Zuvor sagte Schoigu, dass die Hauptaufgaben, die während der Spezialoperation in der Ukraine in der ersten Phase gestellt wurden, abgeschlossen seien.



https://novorosinform.org/content/images/32/01/43201_720x405.jpg

15:57 de.rt.com: **Humanitärer Korridor für kapitulierende ukrainische Truppen im Hüttenwerk Asow-Stahl**

Russland hatte den ukrainischen Truppen, die im Hüttenwerk Asow-Stahl eingekesselt sind, am Dienstag erneut den Vorschlag unterbreitet, sich zu ergeben. Es wurde ein humanitärer Korridor geöffnet. Jegliche Gefechte sollen eingestellt worden sein.

Die russischen Streitkräfte haben am Dienstag erneut einen humanitären Korridor für den Rückzug ukrainischer Truppen und Nazi-Kämpfer, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, aus dem Hüttenwerk Asow-Stahl in Mariupol geöffnet. Dies gab der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, Generaloberst Michail Misinzew, bekannt. Wörtlich sagte er:

"In Anbetracht der katastrophalen Situation im Hüttenwerk Asow-Stahl in der Stadt Mariupol und geleitet von rein humanen Prinzipien öffneten die russischen Streitkräfte einen humanitären Korridor für den Rückzug der ukrainischen Soldaten und Nazi-Kämpfer, die am 19. April 2022 um 14:00 Uhr Moskauer Zeit freiwillig die Waffen niedergelegt hatten."

Zu diesem Zweck, so der General, sei eine "totale Waffenruhe" verhängt und alle Gefechte eingestellt worden. Zudem seien die Einheiten der russischen Streitkräfte und DVR-Kräfte entlang des gesamten Perimeters von Asow-Stahl in eine sichere Entfernung zurückgezogen worden.

Überdies seien in der Nähe von Asow-Stahl drei humanitäre Konvois eingesetzt worden. Jeder Konvoi soll dabei jeweils 30 Busse und Personentransporter sowie zehn Krankenwagen umfassen. Misinzew wies auch darauf hin, dass auf allen drei Routen Treffpunkte und Notunterkünfte, Nahrungsmittel- sowie medizinische Grundversorgung organisiert worden seien. Der russische Generaloberst wandte sich erneut an die ukrainischen Behörden:

"Wir fordern die offiziellen Behörden in Kiew erneut auf, Besonnenheit walten zu lassen und den Kämpfern entsprechende Anweisungen zu erteilen, damit sie ihren sinnlosen Widerstand einstellen und sich aus der Brutstätte des Widerstands zurückziehen. Da wir jedoch wissen, dass die Befehlshaber der ukrainischen Einheiten möglicherweise keine derartigen Befehle und Anweisungen von den Behörden in Kiew erhalten, fordern wir sie auf, diese Entscheidung selbst zu treffen und ihre Waffen niederzulegen."

Michail Misinzew betonte, dass allen Kriegsgefangenen das Leben, die vollständige Sicherheit und eine qualifizierte medizinische Versorgung garantiert würden. Des Weiteren erklärte er:

"Und auch dieses Mal garantiert die russische Seite die Einhaltung der Genfer Konventionen über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Diese Erklärung wurde der ukrainischen Seite durch die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Irina Wereschtschuk übermittelt." Zuvor hatte die russische Armee den ukrainischen Einheiten und ausländischen Söldnern, die im Hüttenwerk Asow-Stahl in Mariupol festsitzen, abermals den Vorschlag unterbreitet, ihre Waffen bis 12:00 Uhr Ortszeit niederzulegen. Das russische Verteidigungsministerium hatte auch einen Algorithmus für die Kapitulation erarbeitet: eine kontinuierliche Kommunikation zwischen der russischen und der ukrainischen Seite zum Informationsaustausch um 13:00 Uhr, eine Waffenruhe um 13:30 Uhr. Anschließend sollen ausnahmslos alle ukrainischen bewaffneten Einheiten und ausländischen Söldner ohne Waffen und Munition den Rückzug antreten. Dieser Prozess soll von 14:00 bis 16:00 Uhr dauern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625eb609b480cc03f507a421.jpg>

16:00 de.rt.com: **Grenznaher ukrainischer Rajon stimmt über Angliederung an Donezker Volksrepublik ab**

Die Einwohner des Rosowski Rajons im Osten des Gebiets Saporoschje haben über die "zeitweilige" Angliederung an die Donezker Volksrepublik abgestimmt. Das meldete der Donezker Journalist Andrei Rudenko auf seinem Telegram-Kanal mit einem [Video](#) der Abstimmung. Ihm zufolge seien die Anwesenden dazu von den Einwohnern des Rajons beauftragt worden.

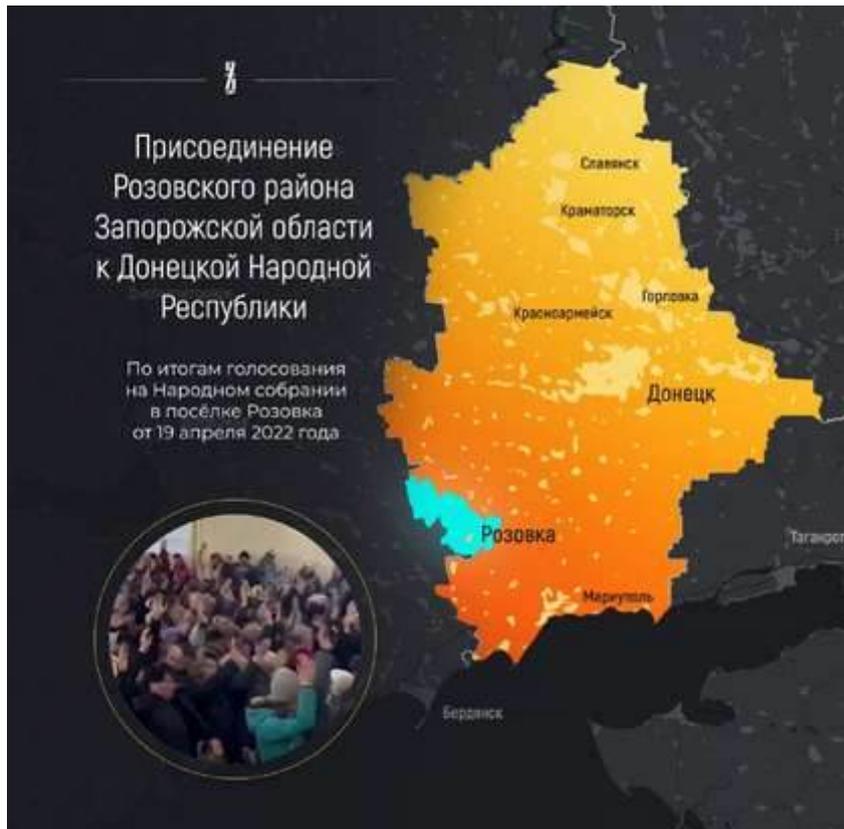
"Wer ist dafür, sich an die Regierung der Donezker Volksrepublik zu wenden und um die vorübergehende Angliederung des Rosowski Rajons an die Donezker Volksrepublik zu stimmen?",

fragte in dem Video eine Gemeindevertreterin. Mehrere hundert Anwesende hoben daraufhin einstimmig ihre Hände.

Im Jahre 1788 gründete die deutsche Kolonistenfamilie Rosenberg in dieser Gegend den Ort Rosowska. Heute zählt der landwirtschaftlich geprägte Rosowski Rajon zirka 8.000 Einwohner. Seit dem Beginn der ukrainischen Anti-Terroroperation gegen die abtrünnigen Donbass-Republiken ist er wegen seiner grenznahen Lage zu einem Durchmarschgebiet für das ukrainische Militär geworden.

Mehrere russische politische Telegram-Kanäle prophezeiten, dass auch andere grenznahe Gebiete im Osten der Ukraine diesem Beispiel folgen könnten, und [posteten](#) gleich eine neue mögliche DVR-Karte.

Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk wurden im Rahmen eines ähnlichen Prozedere von einem aus Aktivisten zusammengesetzten Gremium im April 2014 ausgerufen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/DjUpkOt6LTIs4T2ogeGAzGMENnSX1OVrigpQN80wPPI_-WgoUq3Wwn0syK_xILJfKmp03e6NphezAYYcF12napSD_D6Wn6MuEoBwzxNKmSbvKeo5KYJNNBn08VFGmVjBRB4RMxLi1Pb1u3Rr5nNex8HkcZ8IUgAfBtt9KwOu2ZuJOorNBO6zSzvSowWZ55EjLAUbrQMmrTaPOqZobrzd9-QTHIM96bjOdxwQmjfvfqE0wsqJQmMXy6YgO1rwOMMhVM3zZE-EhSoMmsVhhYTXqKEe2OpCZnUslrv_f1RJeQ5wLs9t9ggiZwh8fu_iACzT--0NEupvot2-9rw6F5A.jpg

17:01 (16:01) novorosinform.org: **Aksjonow: Sandu wird sich bald im Mülleimer der Geschichte wiederfinden**

Das Oberhaupt der Krim kommentierte die skandalöse Aussage der Präsidentin der Republik Moldau über das St.-Georgs-Band.

Die moldauische Präsidentin Maja Sandu, die beleidigende Bemerkungen über das St.-Georgs-Band machte, könnte sich selbst bald im Mülleimer der Geschichte wiederfinden. Dies erklärte das Oberhaupt der Krim Sergej Aksjonow.

Erinnern Sie sich, Sandu hat heute ein Dekret unterzeichnet, das das Hauptsymbol des Sieges verbietet, und erklärt, dass Übertreter "hart bestraft" würden. Gleichzeitig bemerkte sie, dass "der Platz des St.-Georgs-Bandes im Mülleimer der Geschichte ist".

Sergei Aksjonow versprach, dass Sandu in naher Zukunft selbst im "Mülleimer der Geschichte" landen würde - neben Vertretern des derzeitigen Kiewer Regimes.



https://novorosinform.org/content/images/32/03/43203_720x405.jpg

antifashist.com: **Soldaten von der Krim hissten die rote Fahne in Cherson**

Soldaten der Sewastópoler ›Rosgwardija‹ hissten die legendäre rote Fahne in der »Allee des Ruhmes« in Cherson, die gleiche wie im Frühjahr 1945 auf dem Dach des deutschen Reichstags.

Die »Allee des Ruhmes« in Cherson ist ein Gedenkkomplex, der vor über 50 Jahren eingerichtet wurde, um der Helden des Zweiten Weltkriegs zu gedenken – der sowjetischen Soldaten, Partisanen und Untergrundkämpfer, die in den Kämpfen gegen den Nationalsozialismus gefallen sind. Von hier aus eröffnet sich ein herrliches Panorama über den Dnjepr. Hier am Grab des Unbekannten Soldaten brannte die Ewige Flamme, Blumen wurden an der Gedenkstele mit den Namen der Toten niedergelegt.

In den letzten Jahren war das Feuer erloschen und die Stele wurde mehrmals geschändet. Das Hauptmerkmal der "Allee" war ein riesiges gelb-blaues Tuch an einem mehrere Meter hohen Mast.

Es klingt unglaublich, aber die Stadt war schon lange von der Bandera-Herrschaft befreit, fast die gesamte Region war unter die Kontrolle der russischen Armee, und diese Fahne wehte weiterhin über Cherson. Nach der Schießerei im »Fliederpark« war es ruhig geworden, aber die örtlichen braunen Banden wurden wieder frech: ungeahndete Straßenaufmärsche, nächtliche Sabotageakte und so weiter. Erst in der letzten Woche ist eine russische Sondereinheit ernsthaft gegen den nationalsozialistischen Untergrund vorgegangen.

Das bezeichnende Ereignis war die lang erwartete Beseitigung der Symbole des früheren Regimes, der Dreizähne, der Bikoloren und ähnlichem. "Die abschließende Aktion lag in den Händen der in der Umgebung von Cherson stationierten Rosgardisten aus Sewastopol", berichtet der Gouverneur der Heldenstadt, Michail Raswožajev, in seinem Telegrammkanal. "Heute haben unsere Jungs eine Kopie der mit dem Kutúsov-Orden II. Klasse dekorierten Sturmflagge der 150. Schützendivision, die am 1. Mai 1945 auf dem Reichstagsgebäude gehisst wurde, auf der »Allee des Ruhmes« gehisst. Wenn ich unsere Jungs sage, meine ich die Jungs aus Sewastópol. Wir stehen in regelmäßigem Kontakt mit ihnen. Kürzlich baten sie uns, eine große Siegesfahne für sie anzufertigen. Schnell wurde ein 3 mal 5 Meter großes Exemplar gefertigt, und wir haben es ihnen gegeben. Die Stimmung war super.



<https://antifashist.com/images/jimg/3/3c68cfc8db63235c6fcb74bad5ee33e1.jpg>

17:42 (16:42) novorosinform.org: **14 ausländische Unternehmen kehrten innerhalb eines Monats nach Russland zurück, 20 weitere bereiten sich vor - Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung**

Wirtschaftsentwicklungsminister Maxim Reschetnikow sprach über den Prozess der Rückkehr westlicher Unternehmen auf den russischen Markt.

Ausländische Unternehmen begannen, auf den russischen Markt zurückzukehren. Allein im letzten Monat seien 14 Unternehmen nach Russland zurückgekehrt und weitere 20 bereiteten sich auf die Rückkehr vor. Dies erklärte der Minister für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation Maxim Reschetnikow, berichtet der Telegram-Kanal „Readovka“.

Die Rückkehr westlicher Unternehmen wurde laut dem Minister durch eine neue Stufe der Kapitalamnestie und die Maßnahmen der russischen Regierung erleichtert, die sich als stärker herausstellten als die Drohungen ausländischer Aktionäre.

Reschetnikow bemerkte, dass es dem Wirtschaftsblock der russischen Regierung gelungen sei, äußerst attraktive Regelungen für die Rückkehr ausländischer Unternehmen zu schaffen. Dieser Prozess werde in Zukunft beschleunigt.



https://novorosinform.org/content/images/32/05/43205_720x405.jpg

18:18 (17:18) novorosinform.org: **Spuren von Kriegsverbrechen der Streitkräfte der Ukraine in den befreiten Gebieten gefunden**

Die Bürgerbeauftragte der DVR, Daria Morosowa, erklärte, dass ukrainische Militante Einwohner im Donbass massakrierten.

Spuren der Massenvernichtung von Zivilisten finden sich in den vom Kiewer Regime befreiten Siedlungen im Donbass. Dies teilte die Ombudsfrau der DVR Daria Morosowa mit,

schreibt die Nachrichtenagentur Donezk.

Sie merkte an, dass die genaue Zahl der Opfer von Kriegsverbrechen in der Ukraine nach dem Ende der Suchaktivitäten bekannt werden werde, aber bereits jetzt sei es möglich, die vorsätzliche Massenvernichtung der Zivilbevölkerung durch ukrainische Militante festzustellen.

Am Dienstag besuchte Morosowa den zentralen Teil von Mariupol, wo sie mit Anwohnern sprach und das Ausmaß der Zerstörung der zivilen Infrastruktur einschätzte. Sie stellte fest, dass die Art der Zerstörung darauf hindeute, dass das Ziel der Streitkräfte der Ukraine die vollständige Zerstörung nicht nur der Gebäude, sondern auch der darin befindlichen Zivilisten war.



https://novorosinform.org/content/images/32/06/43206_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 19. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Startschenkowo und Chlebodarrowka wurden Mobilfunkbasistationen für die Inbetriebnahme vorbereitet. In Berdjansk wurde Ausrüstung zur Wiederinbetriebnahme einer Basisstation vorbereitet.

In Ogorodnoje wurden 100 Meter Kommunikationskabel wiederhergestellt, in Nowognatowka 200, am Umspannwerk Talakowskaja 200 Meter. In Olginka und Bugas wurden die Leitungen vollständig wiederhergestellt.

Gemeinsam mit dem Zivilschutzministerium wurden die Hochspannungsleitungen Sachanka-Chirokino, Schirokino-Pionerskaja überprüft – die Länge des Abschnitts ist mehr als 14km. Außerdem wurden die Hochspannungsleitungen Iwanowka-DXMS Nr. 1 und Iwanowka-DXMS Nr. 2 kontrolliert.

In Mangusch, Wolodarskoje, Wolnowacha und Sartana wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR erfassen in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Fast 820 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Kräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 12 Hektar untersucht, 513 explosive Objekte wurden entdeckt. In Mariupol wurde der Bevölkerung humanitäre Hilfe in Form von 9097 Paketen ausgegeben.

Nach Bogdanowka wurden 24 Flaschen Flüssiggas geliefert. Die Reparaturarbeiten gehen weiter und für Verbraucher in Wolnowacha für die Gasversorgung wieder in Betrieb genommen. In Talakowka wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Gasversorgungssystem durchgeführt.

50 Tonnen Wasser und 8 Tonnen humanitäres Brot wurden nach Mariupol geliefert.

In Mariupol, Satschatowka, Wolnoje, Mangusch, Winogradnoje und Wolodarskoje wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:25 de.rt.com: **Litauen und Moldawien verbieten Georgsband sowie Z- und V-Symbol**

Das Parlament in Vilnius hat am Dienstag eine Gesetzesänderung beschlossen, die die Verwendung des Z- und V-Symbols in der Öffentlichkeit verbietet. Mit den Buchstaben werden oft russische Militärfahrzeuge im ukrainischen Kriegsgebiet markiert. Die beiden Schriftzeichen sind inzwischen in Russland zu Symbolen der sogenannten militärischen Sonderoperation geworden. In dem baltischen EU- und NATO-Land ist nun außerdem das Tragen des orange-schwarzen Georgsbandes untersagt, das für viele Russen eines der wichtigsten Symbole des Triumphs über Hitler-Deutschland ist und vor allem rund um den Tag des Sieges am 9. Mai getragen wird. Mit der neuen Regelung werden die Buchstaben Z und V sowie das Georgsband mit Nazi- und Sowjetsymbolen wie Hakenkreuz bzw. Hammer und Sichel gleichgestellt. Vergehen können demnach mit Geldbußen von bis zu 700 Euro für Privatpersonen, und bis zu 1.200 Euro für Unternehmen geahndet werden.

Auch Moldawiens Präsidentin Maia Sandu hat am Dienstag ein entsprechendes Gesetz unterzeichnet. Die Politikerin begründete ihre Entscheidung damit, dass Symbole mit der Zeit ihre Bedeutung verändern könnten. Das Georgsband werde derzeit nicht mit dem Zweiten Weltkrieg assoziiert, sondern mit den heutigen Ereignissen in der Ukraine. Aktuell könne es missbraucht werden, um Zwist in der moldawischen Gesellschaft zu säen. Solche Symbole gehörten deswegen in den "Mülleimer der Geschichte", erklärte Sandu. In der ehemaligen Sowjetrepublik wird jetzt die Verwendung des Georgsbandes sowie der Buchstaben V und Z mit bis zu 490 US-Dollar für Privatpersonen, 980 US-Dollar für Beamte und 1.630 US-Dollar für juristische Personen bestraft.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625ecf1a48fbef67ef7d928c.jpg>

18:30 (17:30) novorosinform.org: **Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine forderte eine Sonderoperation gegen die bewaffneten Banden der Territorialverteidigung – Quelle**

Die Bataillone der Territorialverteidigung erhielten Tausende von Javelin-, NLAW- und Stinger-Raketensystemen, schreibt der Telegram-Kanal „Resident“.

Die ukrainischen Sicherheitskräfte wollen eine Spezialoperation gegen die Verteidigungseinheiten im Westen des Landes durchführen. Darüber schreibt der ukrainische Telegram-Kanal „Resident“ unter Berufung auf eine Quelle im SBU.

„Es ist geplant, Javelin-, NLAW-, Stinger-Raketensysteme und andere militärische Hilfsmittel vom Personal der Territorialverteidigung zu beschlagnahmen, die sich an den Kontrollpunkten und Lagern der Territorialverteidigung niedergelassen haben“, heißt es in der Erklärung.

Der Gesprächspartner des Kanals gab an, dass die Operation auf Ersuchen des Generalstabs und des Kommandos der Streitkräfte der Ukraine durchgeführt werde. Laut Polizeibeamten verfügen die Territorialverteidigungsverbände in der Westukraine über ein ganzes Arsenal moderner Raketensysteme, die von NATO-Staaten geliefert werden.

„Nach vorläufigen Schätzungen befinden sich 10-15 % der Javelin-Systeme, mindestens 25 % der NLAW-Systeme und etwa 10 % der Stinger-MANPADS in ihren Händen“, sagte die Quelle.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Durchführung der Sonderoperation beschlossen wurde, nachdem sich die lokalen Verwaltungen geweigert hatten, die Terroristenbanden zu entwaffnen.



https://novorosinform.org/content/images/32/08/43208_720x405.jpg

18:45 (17:45) novorosinform.org: **Wiedereröffnung von Geschäften in befreiten Gebieten**

der DVR

Mehr als zweihundert Verkaufsstellen haben ihre Arbeit in den ehemals besetzten Gebieten wieder aufgenommen.

Das Ministerium für Industrie und Handel der DVR berichtete, dass Großhandelsunternehmen begannen, Waren an die Geschäfte der befreiten Gebiete zu liefern. Es wird darauf hingewiesen, dass mehr als 200 Geschäfte bereits ihre Aktivitäten wieder aufgenommen hätten.

Um die Ernährungssicherheit der befreiten Gebiete zu gewährleisten, organisiert das Ministerium für Industrie und Handel außerdem die Lieferungen in diese Siedlungen. Zuvor wies das Oberhaupt der DVR juristische Personen und Unternehmer in den befreiten Gebieten an, sich beim Finanzministerium zu registrieren. Bis Ende März hatten rund 100 Unternehmer ihr Gewerbe neu angemeldet.



https://novorosinform.org/content/images/32/07/43207_720x405.jpg

17:55 de.rt.com: **Britisches Finanzamt wird den Status der Moskauer Börse nicht mehr anerkennen**

Britische Behörden beabsichtigen, der Moskauer Börse ihren Status als anerkannte Börse zu entziehen, der es britischen Anlegern ermöglichte, einige Steuervergünstigungen zu erhalten. Dies geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung der HM Revenue & Customs (HMRC) hervor. In dem Dokument heißt es:

"Die britische Steuerbehörde Her Majesty's Revenue & Customs hat heute ihre Absicht bekannt gegeben, der Moskauer Börse (MOEX) ihren anerkannten Börsenstatus zu entziehen. Das bedeutet, dass die Anleger in Zukunft nicht mehr in den Genuss der britischen Steuererleichterungen kommen, wenn sie Wertpapiere an der MOEX handeln, aber bereits getätigte Investitionen sind geschützt."

Laut der stellvertretenden britischen Finanzministerin Lucy Frazer ist dies ein weiterer Schritt, der darauf abzielt, "Russland als Reaktion auf den illegalen Krieg in der Ukraine zu isolieren", und der zeigen soll, dass weitere Investitionen in die russische Wirtschaft inakzeptabel sind.

Die Behörde führt die bevorstehende Entscheidung auf die von der russischen Zentralbank auferlegten Beschränkungen für Transaktionen an der Moskauer Börse durch Gebietsfremde zurück. Die Steuerbehörde argumentiert, dies verstoße "gegen die an anerkannten Börsen zu erwartenden Standards der Geschäftstätigkeit".

Am Dienstag leitete die Behörde einen zweiwöchigen Konsultationsprozess mit den Beteiligten ein, nach dem eine endgültige Entscheidung über den Status der Moskauer Börse getroffen werden soll. Es wird darauf hingewiesen, dass das Ergebnis davon abhängen wird, ob die Beschränkungen für Transaktionen für Gebietsfremde aufgehoben werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625ecb8448fbef67ef7d9288.jpg>

18:56 (17:56) novorosinform.org: **Mehr als 120 Zivilisten kamen aus den Kellern von „Asowstal“**

Militärkorrespondent Semjon Pegow zeigte in seinem Telegram-Kanal die ersten Aufnahmen des Ausgangs von Zivilisten aus den Kellern von Häusern auf dem Territorium des „Asowstal“-Werks.

Dank des vom Verteidigungsministerium der Russischen Föderation organisierten humanitären Korridors konnten mehr als 120 Zivilisten die unterirdischen Einrichtungen in der Nähe des Werks Asowstal verlassen. Das entsprechende Video wurde vom Telegram-Kanal @wargonzo [veröffentlicht](#).

„Die Zivilisten aus Mariupol, die Geiseln von Neonazi-Kämpfern wurden, nutzten eine kurze Pause aus und konnten endlich aus den Kellern von Häusern herauskommen, die direkt am Hauptkontrollpunkt von Asowstal stehen“, hieß es.

Das Filmmaterial zeigt, wie sich Zivilisten anstellen, um aus der Anlage evakuiert zu werden.



https://novorosinform.org/content/images/32/09/43209_720x405.jpg

abends:

19:00 (18:00) novorosinform.org: **Russland sollte sich auf eine NATO-Aggression vorbereiten – Medwedew**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation kündigte die Notwendigkeit an, ein System zu entwickeln, das das Land mit den modernsten Waffen versorgt.

Moskau müsse voll gerüstet sein, denn die Stärkung des Nordatlantischen Bündnisses nahe der Grenzen Russlands sei nicht mehr nur eine Redewendung. Dies erklärte der

stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation Dmitri Medwedew, schreibt TASS.

Als besonders wichtige Elemente im Prozess der Gewährleistung der Staatssicherheit hob der Politiker den wissenschaftlichen und technologischen Bereich hervor. Medwedew stellte klar, dass es sich um innovative Entwicklungen und fortschrittliche Forschung handele, die darauf abzielen, die Verteidigungsfähigkeit des Landes aufrechtzuerhalten.

Medwedew machte auch darauf aufmerksam, dass leistungsstarke und zuverlässige Ausrüstung "nicht von selbst entsteht, insbesondere unter Bedingungen, in denen Sanktionen gegen ein Land verhängt wurden". Er fügte hinzu, dass es jetzt äußerst wichtig sei, auf die Ausbildung von Spezialisten zu achten, die solche Technik herstellen können.



https://novorosinform.org/content/images/32/10/43210_720x405.jpg

18:20 de.rt.com: **Medwedew: Niemand kann Russland isolieren und seine Wirtschaft strangulieren**

Die Sanktionen gegen Russland sind ein Wirtschaftskrieg, aber es wird niemandem gelingen, das Land zu isolieren und seine Wirtschaft zu strangulieren. Dies hat der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew am Dienstag bei einer Sitzung des Präsidiums des Rates für Wissenschaft und Bildung gesagt.

Ihm zufolge befindet sich Russland jetzt in einer "besonderen Lage" und steht unter einem noch nie dagewesenen Druck. Medwedew erklärte:

"In Wirklichkeit handelt es sich nicht einmal um Sanktionen, sondern, wie uns einige ausländische Beamte gesagt haben, um einen Wirtschaftskrieg – und es ist nicht mehr und nicht weniger."

Der ehemalige russische Präsident fügte hinzu:

"Wir haben uns darauf vorbereitet. Es ist klar, dass die Situation schwierig ist, aber unsere Wirtschaft zu strangulieren, Russland von der Welt, von anderen Staaten zu isolieren, wird niemandem gelingen."

Er betonte die Notwendigkeit, alle Kräfte und Ressourcen zu bündeln, "um nicht nur den Prüfungen standzuhalten, sondern auch siegreich aus diesen Prüfungen hervorzugehen." Dies betreffe auch den Bereich der Wissenschaft und Bildung, so Medwedew. Seiner Meinung nach verfügt Russland über das notwendige intellektuelle Potenzial, das Humankapital. Zum Schluss sagte Medwedew:

"Im Wettbewerb der Staaten, im Wettbewerb auf dem Planeten, ist dieser Indikator der Schlüssel – es ist das intellektuelle Kapital, das fast alles entscheidet."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 19.4.22
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und

120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **5 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden **4 Zivilisten** verletzt. 2 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 27 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzerwagen, 3 Feuerpositionen von 122mm-Artilleriehaubitzen D-30 und einen Lastwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben, 17 wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 8. März 2022 konnte eine Gruppe von Scharfschützen der 3. Brigade unter Führung von Oberfeldwebel Sergej Jurjewitsch Lement, der der Gefreite Oleg Jewgenjewitsch Dolnikow, der Gefreite Ilja Alexejewitsch Pintschukow und Feldwebel Sergej Wassiljewitsch Nadolinskij angehörten, bei der Befreiung von Wolnowacha von den ukrainischen Nationalisten trotz nicht endendem Artilleriebeschuss zum Ort vordringen, wo Panzer des Gegners abgezogen wurden. Nachdem sie günstige Feuerpositionen eingenommen hatten, vernichtete die Gruppe dank sachkundiger und entschlossener Handlungen mit exakten Schüssen vier Panzermansschaften der Nationalisten, womit sie die Panzereinheiten des Gegners erheblich schwächten.

Ich möchte mich an die Mitarbeiter westlicher Medien richten, die sich Journalisten nennen.

- Warum trauen Sie sich nicht, ihrem Publikum über Kriegsverbrechen der Asow-Leute zu berichten? Darüber wie sie sich hinter friedlichen Bürgern als „lebendem Schild“ verstecken?

- Warum sprechen Sie nicht davon, dass sie ihre Feuerstellungen in Häusern und Höfen von Wohngebieten einrichten?

- Warum versuchen Sie, die Kämpfer von „Asow“ und des „Rechten Sektors“, die rassistische Losungen schreiben und dazu aufrufen, russische Gefangene zu foltern, zu verkrüppeln und zu ermorden, reinzuwaschen?

- Warum sind für Sie Aufrufe offizieller Persönlichkeiten Kiews, russische Kinder zu töten, kein Genozid?

- Warum bemerkt Ihre aufgeklärte westliche Welt auf ukrainischen Fernsehbildschirmen nicht die Porträts von Eichmann, nazistische Symbolik auf Uniformen und Flaggen ukrainischen Einheiten?

Sie haben bei sich im Westen, nach allem zu urteilen, die Verbrechen der Nazis vergessen.

Aber wir erinnern uns an das Böse, das die nazistische Ideologie gebracht hat.

Und ich verspreche Ihnen, dass wir alles tun werden, damit der Nazismus vernichtet wird und niemals mehr seinen Kopf heben kann.

19:10 de.rt.com: **Russische Fernsehsender berichten über Zivilisten, die den humanitären Korridor von Asow-Stahl genutzt haben**

Mehr als 100 Zivilisten haben das Gebiet in der Nähe des Asow-Stahlwerks in Mariupol

verlassen, das von russischen und DVR-Militäreinheiten gestürmt wird. Ein Moderator des russischen Senders Perwy Kanal sagte:

"Über kurze humanitäre Korridore haben 120 Zivilisten die Häuser verlassen, die sich direkt vor dem Kontrollpunkt Asow-Stahl befinden."

Die von dem Fernsehsender ausgestrahlten Aufnahmen zeigen, wie Zivilisten das Gebiet von Asow-Stahl verlassen.

Unterdessen zitierte ein Korrespondent des Fernsehsenders Rossija 24 die Verwaltung der Donezker Volksrepublik mit der Aussage, dass niemand die humanitären Korridore genutzt habe, die für die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte und der nationalen Bataillone geöffnet wurden.

Zuvor hatte sich das russische Verteidigungsministerium zu Informationen der ukrainischen Seite geäußert, wonach sich in dem Eisen- und Stahlwerk Asow-Stahl Zivilisten aufhalten würden, darunter Frauen und Kinder. Das Ministerium erklärte, es handle sich dabei um eine weitere Information, die ausschließlich zur Rettung der Nationalisten erfunden worden sei. Gleichzeitig forderte das russische Verteidigungsministerium, dass das Kiewer Regime, falls sich Zivilisten in Asow-Stahl aufhalten sollten, alle Maßnahmen ergreifen müsse, um diese freizulassen und über die geschaffenen humanitären Korridore aus der Gefahrenzone zu bringen. Darüber hinaus wandte sich das russische Militär mit den folgenden Worten an die Führung in Kiew:

"Gleichzeitig erklären wir, dass das gewaltsame Festhalten von Zivilisten als menschliche Schutzschilder gemäß den Normen des humanitären Völkerrechts Terrorismus ist, und dass die Beamten der Kiewer Behörden und die unmittelbaren Urheber dieser unmenschlichen Aktion in Asow-Stahl Kriegsverbrecher und Terroristen sind."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625ee8e248fbef6a4458c343.jpg>

19:45 de.rt.com: **Kanzler Scholz: "Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen"**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat erklärt, dass Russland den Ukraine-Krieg nicht gewinnen dürfe. Nach einem Telefongespräch mit US-Präsident Joe Biden und den Staats- und Regierungschefs der G7 und der Europäischen Union sagte Scholz:

"Eine aufgezwungene Welt, wie sie Präsident Putin vorsieht, ist inakzeptabel... Wir sind uns mit unseren Partnern einig, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnen darf."

Er fügte hinzu, dass sich die NATO nicht an militärischen Aktionen in der Ukraine beteiligen werde, wobei die Mitgliedstaaten der Allianz die Ukraine weiterhin sowohl finanziell als auch militärisch unterstützen würden. Scholz betonte ebenfalls, dass Deutschland kaum in der Lage sein werde, die Ukraine mit Waffen aus den eigenen Beständen zu versorgen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625ef246b480cc52020d1358.jpg>

20:10 de.rt.com: **Scholz verurteilt russische Offensive im Ukraine-Krieg**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat die begonnene russische Militäroffensive im Osten der Ukraine verurteilt. Der Krieg sei in eine neue Phase getreten, sagte der SPD-Politiker am Dienstag in Berlin nach einer Videokonferenz mit Staats- und Regierungschefs der internationalen Partner und den Spitzen von NATO und EU. Das Leid der Ukraine lasse niemanden kalt. Scholz weiter:

"Wir spüren unendliche Trauer über die Opfer und – auch das muss gesagt werden – große Wut auf den russischen Präsidenten und diesen sinnlosen Krieg."

Der Bundeskanzler hob die enge Abstimmung mit den Verbündeten Deutschlands bei der Unterstützung der Ukraine hervor. Er erklärte:

"Deutsche Alleingänge wären falsch."

Der russische Präsident Wladimir Putin habe mit einem derart geschlossenen Handeln nicht gerechnet. Indes bleibe es dabei, dass die NATO nicht in den Krieg eingreifen werde, bekräftigte der Kanzler.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625eeb7c48fbef69663bafd5.jpg>

20:25 de.rt.com: **Auch die Henkel AG gibt ihr Russland-Geschäft auf**

Der deutsche Hersteller von Wasch- und Reinigungsmitteln sowie Kosmetika Henkel AG u. Co KGaA gibt sein Russland-Geschäft auf und stellt den Vertrieb aller unternehmenseigenen Marken in Russland ein.

Derzeit beschäftigt Henkel in Russland rund 2.500 Angestellte. Vertrieben wurden bislang Waren der Marken Persil, Spee, Vernel, Fa, Taft, Shamtu, Schwarzkopf und andere. Auch für Henkel selbst seien die finanziellen Auswirkungen des Rückzugs aus dem Russland-Geschäft

nicht abzuschätzen, wie die Konzernführung mitteilte.

Im letzten vollen Geschäftsjahre hatte das Unternehmen in Russland einen Umsatz von über einer Milliarde Euro erwirtschaftet.

20:50 de.rt.com: **Johnson bezweifelt diplomatische Lösung der Ukraine-Krise**

Der britische Premierminister Boris Johnson hat erklärt, er halte eine diplomatische Lösung der Situation in der Ukraine für schwierig. Er sagte:

"Ich fürchte, dass es im Moment keinen einfachen Weg gibt, eine diplomatische oder verhandelte Lösung zu finden."

Johnson erklärte, eine politische Lösung wäre eine Art "Ablenkung" für die russische Führung.

Zuvor hatte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu verlautbart, dass die militärische Sonderoperation in der Ukraine fortgesetzt werde, bis deren Ziele erreicht seien. Er wies außerdem darauf hin, dass die Hauptaufgaben der ersten Phase dieser Sonderoperation bereits abgeschlossen seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625efca648fbef6b9b191efc.jpg>

21:41 de.rt.com: **Maria Sacharowa widerspricht UN-Generalsekretär: Kein Versuch der Kontaktaufnahme mit Putin**

UN-Generalsekretär António Guterres hat laut Maria Sacharowa nach Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine nicht versucht, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu kontaktieren. Damit dementierte die Pressesprecherin die Erklärung von Stephane Dujarric. UN-Generalsekretär António Guterres habe seit Beginn des russischen Sondereinsatzes in der Ukraine keinen Versuch unternommen, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu kontaktieren. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. Damit konterte sie die Behauptung des Pressesprechers des UN-Generalsekretärs Stephane Dujarric. Auf Sacharowas Telegram-Kanal hieß es:

"Kurzer Kommentar: Nein. Der UN-Generalsekretär hat nicht versucht, den russischen Präsidenten zu kontaktieren. Weder über die Ständige Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen noch direkt mit dem Außenministerium hat jemand in dieser Angelegenheit Kontakt aufgenommen. Eine Bitte an die Vertreter des UN-Sekretariats: Kehren Sie in die Realität zurück."

Am vergangenen Mittwoch hatte Guterres Reportern mitgeteilt, dass ein Waffenstillstand in der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt zwar nicht möglich sei, sein Büro Russland jedoch vorgeschlagen habe, "die Parteien zusammenzubringen und die Evakuierung der Zivilisten aus den am stärksten von den Kämpfen betroffenen Gebieten der Ukraine zu organisieren". Er fügte hinzu, dass die UNO auf die Antwort Moskaus warte.

Am 22. März hatte der UN-Generalsekretär die russische Militäroffensive gegen die Ukraine als einen "absurden Krieg" angeprangert, der die Menschen dort in eine "Hölle" stürze. Er

hatte hinzugefügt, dass "die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine moralisch inakzeptabel, politisch unvertretbar und militärisch unsinnig" sei.

Anfang April hatte Guterres eine unabhängige Untersuchung der angeblich in der Stadt Butscha begangenen Massentötungen gefordert. Die Ukraine beschuldigt die russischen Streitkräfte, die Gräueltaten begangen zu haben, während Moskau darauf besteht, dass die erschütternden Szenen von den Kiewer Behörden inszeniert worden seien, um Russland zu belasten und die europäischen Staaten möglicherweise zu zwingen, den Druck auf den Kreml zu erhöhen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625f0591b480cc670c070721.jpg>

21:50 de.rt.com: **Medwedew: Ausländische Söldner in der Ukraine werden den Preis dafür zahlen müssen**

Ausländische Söldner, die sich an Kampfhandlungen in der Ukraine beteiligen und sich nicht den russischen Truppen ergeben, werden zusammen mit ihren Bandera-Mentoren in vollem Umfang für ihre Taten verantwortlich sein. Dies hat der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates und der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew, in einer Veröffentlichung auf seiner Telegram-Seite erklärt.

Er wies darauf hin, dass die Söldner "keine Freiwilligen" seien: Sie seien keine legitimen Kämpfer und fielen nicht unter die Genfer Konventionen. Der russische Politiker warnte: "Deshalb werden ausländische Söldner in der Ukraine, die sich unseren Truppen nicht ergeben, zusammen mit ihren Bandera-Mentoren zuallererst entnazifiziert. Sie werden sich in vollem Umfang für ihr Handeln verantworten müssen. Natürlich nur, wenn sie am Leben bleiben."

Russische Geheimdienstberichte sprechen von Tausenden von Söldnern aus verschiedenen Ländern in der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625f087ab480cc505f0bd9a7.jpg>